

Florian H. Setzen (Hrsg.)

Europapolitische Kommunikation und Web 2.0 – Formen, Trends, Herausforderungen und Chancen



Der Druck der vorliegenden Publikation wurde mit Unterstützung der Alcatel-Lucent Stiftung und der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung tragen allein die Verfasser; die Alcatel-Lucent Stiftung oder die Europäische Kommission haften nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte:

Europa Zentrum Baden-Württemberg, Nadlerstr. 4, 70173 Stuttgart,
www.europa-zentrum.de

1. Auflage, August 2012

ISBN 978-3-9812037-3-8

Verlag: Europa Zentrum Baden-Württemberg, Stuttgart

Layout: Mareike-Kathrin Bolsinger und Europa Zentrum Baden-Württemberg

Redaktion: Florian H. Setzen

Druck: Gress-Druck Fellbach

Inhalt

Vorwort Herausgeber (<i>Florian H. Setzen</i>)	4
Grußwort der Alcatel-Lucent Stiftung (<i>Dr. Erich Zielinski</i>).....	7
Das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Politik in Zeiten des Web 2.0 (<i>Gisela Erler</i>).....	8
„Parlamentarier unter Druck“ – Wie bestimmen Facebook, Twitter und Co. den Politikeralltag im Europäischen Parlament? (<i>Veronika Schniederalters</i>)	12
Social Media – Relevante Plattformen, Anwendungsmöglichkeiten und Potential (<i>Evandro Oliveira und Ulrich Winchenbach</i>).....	17
Die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative – Eine Zwischenbeurteilung (<i>Prof. Dr. Robert Müller-Török</i>)	23
Die Nutzung des Web 2.0 durch die EU-Institutionen zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern – Trends, Szenarien und Auswirkungen (<i>Robert Andrecs</i>).....	28
„Listening Democracy“: die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Soziale Medien (<i>Julian Plottka</i>)	37
Erfolg und Potential von Liquid Democracy (<i>Alvar C. H. Freude</i>).....	41
Webbasierte Netzwerkstrukturen – Herausforderung für die repräsentative Demokratie? (<i>Dr. Annegret Eppler und Dr. Henrik Scheller</i>).....	48
Die Welt des Web 2.0: Innovationen für die formale und non-formale europapolitische Bildung? – Tools, Nutzbarmachung, Erfahrungen (<i>Karsten Lucke und Anselm Sellen</i>).....	53
Autorenverzeichnis.....	60
Bildnachweis	62



Vorwort Herausgeber

von Florian H. Setzen

Mit diesem Band halten Sie die Ergebnisse der Fachtagung „Social Media in der europapolitischen Kommunikation“ in Händen, die vom 25. – 26. Juni 2012 im Literaturhaus Stuttgart stattfinden konnte.

85 Fachleute und Interessierte aus den Bereichen Politik, Bürgergesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Medien brachten – wie von den Veranstaltern erhofft und gewünscht – eine große Vielfältigkeit von Erfahrungen und Sichtweisen zusammen, um sie zu diskutieren und gemeinsame Schlüsse zu ziehen.

Der Ertrag waren einige – zum Teil überraschende – Ergebnisse. So zum Beispiel die Erkenntnis, dass die neue, durch den Vertrag von Lissabon möglich gewordene Europäische Bürgerinitiative - gerade was ihre Unterstützung durch Internet und Soziale Medien angeht - noch mit erheblichen Kinderkrankheiten zu kämpfen hat. Oder dass Politikwissenschaftler wie Verfechter der Liquid Democracy zumindest mittelfristig nicht damit rechnen, dass Web 2.0 Tools die repräsentative Demokratie, wie wir sie kennen, ersetzen werden.

Dass „alte Hasen“ aus dem Europäischen Parlament ihre Skepsis mit den modernen Kommunikationsmitteln aus ihrer Praxis begründen und die Europäische Kommission ihr Engagement in sozialen Netzwerken vor dem Hintergrund der rasanten Entwicklungen im World Wide Web vorwiegend positiv beurteilt, war ebenso festzustellen wie die Art und Weise, mit der die Landesregierung das Netz für mehr Bürgerbeteiligung – nicht nur in Richtung EU – zu nutzen sucht. „Potential“ sahen auch Praktiker der europapolitischen Bildung.

Fazit: Als Hilfsmittel und Ergänzung taugt das Web 2.0 mit seinen Möglichkeiten. Aber nur klug eingesetzt und nicht als kompletter Ersatz für Bisheriges.

Ich möchte mich für das Zustandekommen von Tagung und Tagungsdokumentation sehr herzlich bei den Mitveranstaltern, Unterstützern, Kooperationspartnern, Referierenden und Teilnehmenden bedanken, ohne die die hier vorliegenden Ergebnisse nicht präsentiert hätten werden können.





Programm

„Social Media in der europapolitischen Kommunikation“ im Literaturhaus Stuttgart

25. Juni 2012

Fachtagung Teil I:

- 13:00 – 13:15 Begrüßung durch die Veranstalter
Helena Acheson, Unitleiterin Innovationsprojekte/Business Development/ Communications bei der MFG Innovationsagentur für IT und Medien Baden-Württemberg
Florian Setzen, Direktor Europa Zentrum Baden-Württemberg
- 13:15 – 13:30 **Das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Politik in Zeiten des Web 2.0**
Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung des Landes Baden-Württemberg
- 13:30 – 14:30 **„Parlamentarier unter ‚Druck‘“ – Wie bestimmen Facebook, Twitter und Co. den Politikeralltag im Europäischen Parlament?**
Rainer Wieland MdEP, Vizepräsident des EP und Präsident der Europa-Union Deutschland
Heide Rühle MdEP
Michael Theurer MdEP
- 14:30 – 15:30 **Social Media – Relevante Plattformen, Anwendungsmöglichkeiten und Potential**
Evandro Oliveira und **Ulrich Winchenbach**, MFG Innovationsagentur für IT und Medien Baden-Württemberg
- 16:00 – 17:00 **Die Umsetzung der neuen Europäischen Bürgerinitiative – eine Zwischenbeurteilung**
Prof. Dr. Robert Müller-Török
Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
- 17:00 – 18:00 **Die Nutzung des Web 2.0 durch die EU-Institutionen zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern – Trends, Szenarien und Auswirkungen**
Robert Andrecs, Europäische Kommission, Referatsleiter des Referats für die Europa-Internetseite in der Generaldirektion Kommunikation, Brüssel

Podiumsdiskussion:

- 19:00 – 21:00 Thema: **Social Media in der europapolitischen Kommunikation – Hype oder Revolution? Wege zu mehr Bürgerbeteiligung in Europa mit Social Media**

Teilnehmende:

- Peter Friedrich** MdL (Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg),
Gunter Czisch (Erster Bürgermeister der Stadt Ulm und Direktor des Donaubüros Ulm/Neu-Ulm)
Robert Andrecs (Europäische Kommission, Referatsleiter des Referats für die Europa-Internetseite in der Generaldirektion Kommunikation, Brüssel),
Ronny Patz („Euro-Blogger“ mit dem Blog Polscieu auf der Plattform „Ideas on Europe“),

Moderation: **Arthur Landwehr** (SWR-Chefredakteur Hörfunk)



26. Juni 2012

Fachtagung Teil II:

- 9:30 – 10:20 **Erfolg und Potential von Liquid Democracy**
Alvar C. H. Freude, Diplom-Kommunikations-Designer, freiberuflicher Software-Entwickler, Autor, Berater und Trainer, Kuratoriumsmitglied beim Liquid democracy e.V., als Sachverständiger Mitglied in der Enquête-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* des Deutschen Bundestags
- 10:20 – 11:10 **Webbasierte Netzwerkstrukturen und ihre demokratische Legitimation – Hilfe oder Herausforderung für die repräsentative Demokratie?**
Dr. Annegret Eppler, Politikwissenschaftlerin, Universität Tübingen;
Dr. Henrik Scheller, Politikwissenschaftler, Universität Potsdam
- 11:30 – 12:45 **Die Welt des Web 2.0: Innovationen für die formale und non-formale europapolitische Bildung? – Tools, Nutzbarmachung, Erfahrungen**
Karsten Lucke und **Anselm Sellen**, Europahaus Marienberg und Mitorganisatoren eines europapolitischen web2.0-Projekts der Gesellschaft Europäischer Akademien in Deutschland, Bonn, zum Thema EU-Finanz- und Schuldenkrise
- 12:45 – 13:00 Zusammenfassung und Gesamtschau auf die Ergebnisse der Beiträge und Diskussionen, **Schlussdebatte**, Fazit (evtl. Formulierung von Handlungsempfehlungen an Entscheidungsträger).

Tagungsleitung/Moderation:

Florian Setzen, Direktor des Europa Zentrums Baden-Württemberg;
Ulrich Winchenbach, Leiter Projektteam Weiterbildung/Events, MFG Innovationsagentur für IT und Medien Baden-Württemberg.

Tagungsbegleitung/Dokumentation:

Julian Plottka, Institut für Europäische Politik (IEP)/Arbeitskreis Europäische Integration (AEI);
Veronika Schniederlbers, Universität Mainz;
Chiara Ficano, MFG Innovationsagentur für IT und Medien Baden-Württemberg.

Veranstalter:

Europa Zentrum Baden-Württemberg, MFG Innovationsagentur für IT und Medien Baden-Württemberg, Arbeitskreis Europäische Integration, Alcatel-Lucent-Stiftung für Kommunikationsforschung.

Infostand:

Während der gesamten Dauer der Veranstaltung informiert das Europe Direct Informationszentrum Stuttgart mit einem eigenen Informationsstand über aktuelle Broschüren, Veranstaltungen, Projekte zu den Themen europäische Bürgerinitiative, europapolitische Kommunikation.



Livestream:

Ein Livestream der Veranstaltung wird von fluegel.tv in Stuttgart produziert und im Internet bereit gestellt unter <http://www.fluegel.tv/streams/kanal1.html>.

Medienpartner:

Teile der Veranstaltung wurden zeitversetzt im Rundfunk von SWRinfo (UKW 91,5 in Stuttgart) gesendet.



Mit Unterstützung der Europäischen Kommission:



Grußwort der Alcatel-Lucent Stiftung

von Dr. Erich Zielinski

Ohne Zweifel sind Soziale Medien bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen, ungeachtet deutlicher Unterschiede in der Anwendung, die bei verschiedenen Bevölkerungsschichten noch zu verzeichnen sind. Vorteile netzbasierter Sozialer Medien bestehen vor allem darin, dass Informationen in Echtzeit ausgetauscht werden können, ohne dass die Teilnehmenden sich physisch am gleichen Ort befinden müssen sowie in der extrem hohen Reichweite in den Communities (Stichwort „Weak Ties“).

Viele Akteure in Politik und Verwaltung haben die Chancen erkannt und stehen den Twitter- und Facebook-„Communities“ Rede und Antwort. Die Kommunikation über Soziale Medien rückt das Dialog-Paradigma und die offene Interaktion mit den Bürger/innen in den Vordergrund und bewirkt hier einen grundlegenden Transformationsprozess. Neue Formen von Transparenz, Ansprache und aktiver Bürgerbeteiligung werden ermöglicht und erlauben der Zivilgesellschaft Teilhabe auch am politischen Leben. Gerade durch die Transparenz von Open Data und Open Government trägt die Politik elementar zu einer lebendigen Demokratie bei und bindet die Bevölkerung schon zu Beginn erster Planungsschritte mit ihren Ideen oder ihrem Klärungsbedarf ein.

Als kritisch – und aktuell nicht gelöst – ist die Frage anzusehen, inwiefern sich über Soziale Medien Entscheidungsprozesse organisieren lassen. Schwerwiegend ist dabei, dass derzeit den Meinungsbildungsprozessen im Netz noch keine hinreichende Repräsentativität und demokratische Legitimität attestiert werden können.

Die Alcatel-Lucent Stiftung für Kommunikationsforschung unterstützt nachhaltig den Diskurs zwischen Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer netzbasierter Kommunikationsansätze. Gerade die Fachtagung „Social Media in der europapolitischen Kommunikation“ bildete ein ausgezeichnetes Forum, um ein breites Spektrum von Erfahrungen und Sichtweisen zusammen zu bringen und um gemeinsame Schlüsse zu ziehen. Im Namen der Alcatel-Lucent Stiftung möchte ich mich bei allen Beteiligten für die vielfältigen Beiträge und den ergebnisreichen Austausch bedanken.



Das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Politik in Zeiten des Web 2.0

von Gisela Erler

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Europainteressierte,

von Wikis über soziale Netzwerke bietet das Web 2.0 eine große Bandbreite responsiver Nutzung. Das verstärkte Aufkommen der Sozialen Medien verändert das Kommunikationsverhalten und den Nachrichtenkonsum (vor allem jüngerer) Bürgerinnen und Bürger in rasantem Tempo.

Für politische Systeme und seine Bürger birgt die Geschwindigkeit und unübersichtliche Welt des Internets gleichermaßen enorme Chancen wie auch Risiken. Kommunikationskanäle wie Twitter, YouTube und Facebook, aber auch ambitionierte Konzepte wie Liquid Democracy ermöglichen ganz neue Formen von Transparenz, Ansprache und aktiver Bürgerbeteiligung. Denn das Internet ermöglicht der Zivilgesellschaft Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, unabhängig vom Alter. Zum einen liegt die Chance der Bürgerinnen und Bürger der Zivilgesellschaft gegenüber dem Web 2.0 in Mitsprache, Teilhabe und Interaktion. Dies nicht nur bezogen auf politische Dimensionen, sondern auch innerhalb einer zivilgesellschaftlichen Gruppe. Das Web 2.0 kann somit zu interner Willensbildung führen. Zum anderen besteht die Möglichkeit zur Selbstdarstellung der Zivilgesellschaft. Anhand von gewissen Tools, die das Mitentscheiden über das Internet auf bestimmten Seiten ermöglichen, können zivilgesellschaftliche Akteure ihre Meinung abbilden.

Die genannten Vorteile bergen auch Risiken, die nicht zuletzt in der Unübersichtlichkeit des Netzes zu verorten sind. Der unsichere oder unvorsichtige Umgang mit persönlichen Daten im Netz kann weitreichende Folgen haben. In einer Kultur, die stark vom allgemeinen Bedürfnis nach Datenschutz geprägt ist, tat sich die deutsche Verwaltung lange Zeit schwer mit der neu geforderten Offenheit bezüglich Open Data. Es benötigt Zeit, um adäquat auf die Anforderungen des Web 2.0 und dessen Möglichkeiten einzugehen. Hier befindet sich die Landesregierung auf gutem Weg. Zum einen mit dem Angebot service-bw.de und zum anderen durch die Einrichtung einer Online-Beteiligungsplattform, die



zu Beginn des Jahres 2013 gelauncht werden soll. Diese Internetseite soll Bürgerbeteiligung modern, offen, bürgernah und dialogorientiert erklärbar und erlebbar machen.

Aber selbst die globale einheitliche Vernetzung ist kein Vorteil oder wirksames Instrument, unbeteiligte Personen zur Beteiligung zu motivieren, im Gegenteil: Die rasante Entwicklung des Internets kann restriktiv wirken, beispielsweise für ältere Personen, die der medialen Entwicklung nicht Stand halten können. Die im Netz angebotene Vielfalt ist schwer überschaubar und teilweise wird den Nutzern ein „Zuviel“ an Informationen bereitgestellt, sodass das Sondieren der wertvollen und wichtigen Informationen schwer fällt.

Es bedarf somit einer Balance - einer guten Verbindung zwischen On- und Offline-Beteiligung. Es müssen online Beteiligungsformate geschaffen werden, die zum einen für die Bürgerinnen und Bürger eindeutig ersichtlich und schnell auffindbar sind sowie in ihrer Struktur eine einfache Handhabung ermöglichen, so dass auch netzaverse Personen der Umgang und der Zugang vereinfacht wird. Der Umgang mit den entsprechenden Beteiligungsformaten im Internet kann zum andern ein reziprokes Lernverhältnis bewirken und Medienkompetenzen im Idealfall fördern.



Gisela Erler, baden-württembergische Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Nach all diesen Betrachtungen lässt sich festhalten, dass es für Regierung und Verwaltungen umso wichtiger ist, Informationen schon in der frühen Entwicklungsphase Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, für sie Diskussionsräume zu öffnen und somit die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungs-

prozessen zu erleichtern. Für das Regierungs- und Verwaltungshandeln bedeutet Open Government eine grundsätzliche Umorientierung hin zu Offenheit und Transparenz in einem frühen Stadium, bevor politische Vorhaben umsetzungsreif werden. So stellt sich für alle Ebenen des Staatswesens die Aufgabe, Daten zugänglich zu machen und Mitwirkungsmöglichkeiten einfach und Entscheidungsprozesse transparent zu gestalten. Offenheit in Politik und Verwaltung ist

daher das Paradigma der Stunde. Dies bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Chance ihren Erfahrungs- und Lebensbereich aktiv mitzugestalten. Im Umkehrschluss bedeutet es auch für die Politik einen großen Nutzen, denn durch die Transparenz von Open Data und Open Government trägt sie elementar zur Erhaltung einer lebendigen Demokratie bei.

Als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung ist mir der unmittelbare Dialog mit den unterschiedlichen Akteuren sehr wichtig. Dem trage ich persönlich dadurch Rechnung, dass regelmäßige Dialogformate durchgeführt werden. Mir ist es wichtig, dass es dabei nicht frontal zugeht, sondern eine neue Dialogkultur gepflegt wird. Ziel ist es, einen lebendigen Dialog anzuregen. Dies soll im Netz durch die bereits erwähnte Online-Beteiligungsplattform erfolgen und durch die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes mit besonderem Blick auf bestmögliche Transparenzschaffung. Das Informationsfreiheitsgesetz sieht vor, Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich freien Zugang zu Informationen zu bieten, die bei öffentlichen Verwaltungen des Bundeslandes vorhanden sind. Nach dem Grundsatz von Open Data werden Daten und Dokumente weitest möglich zugänglich sein.

Die durch das Netz gebotene Vielfalt ist enorm, insbesondere auch mit Blick auf Europa und dessen Vernetzung und den so entstehenden Möglichkeiten. Denn im Hinblick auf Europa lässt sich feststellen, dass soziale Medien nach Regeln funktionieren, die nicht immer kompatibel sind mit den vorhandenen repräsentativen Systemen und den Handelnden. Hier greift die neue europäische Bürgerinitiative (EBI). Die EBI ist das erste länderübergreifende Bürgerbeteiligungsinstrument weltweit. Wenn mindestens eine Million Unterschriften zusammenkommen, muss sich die Europäische Kommission mit dem Anliegen der Initiative befassen. Diese können auch online gesammelt werden. Die Bürger haben zwar noch keine direkte Entscheidungsmöglichkeit, doch können sie die Entscheidungsträger auf ihre Probleme aufmerksam machen.

Es geht also darum, den Blick und die Partizipationschancen im Land weiter zu öffnen und gleichzeitig auch international zu agieren. Der europapolitische Dialog der Landesregierung sieht vor, an dieser Stelle Sie mit einzubeziehen. Sie sind gefragt: „Ihre Ideen für das Europa der Zukunft“. Wie soll sich Europa entwickeln? Wie kann es die enormen Herausforderungen meistern? Muss Europa sozialer, demokratischer, nachhaltiger werden? Wie soll Europa in Zukunft regiert werden? Wie erreichen wir mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger? Das Staatsministerium Baden-Württemberg hat eine Mailadresse mitreden-zu-europa@stm.bwl.de eingerichtet. Beiträge können so an Europaminister Peter



Friedrich direkt gesendet werden. Dies ist Teil des Dialogs des Ministers Friedrich zur Entwicklung der europapolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg. In einem nächsten Schritt werden diese Anregungen in verschiedene Diskussionsprozesse und Foren eingespeist, zu denen das Staatsministerium Europa-Experten einlädt beziehungsweise eingeladen hat. Am Ende des Prozesses stehen die neuen europapolitischen Leitlinien der Landesregierung, die bis Mitte des Jahres 2013 beschlossen werden sollen.

Erklärtes Ziel der Landesregierung Baden-Württembergs ist die Politik des Gehört-werdens. Bürgerinnen und Bürger sollen möglichst frühzeitig beteiligt werden. Ziel ist es, die Bevölkerung schon zu Beginn erster Planungsschritte mit ihren Ideen oder einem identifizierten Planungsbedarf einzubinden. Es muss gelingen, möglichst große Teile der Bevölkerung anzusprechen und einzubeziehen. Dabei ist E-Partizipation ein wichtiger und sehr entscheidender Ansatz.



„Parlamentarier unter Druck“ – Wie bestimmen Facebook, Twitter und Co. den Politikeralltag im Europäischen Parlament?

von Veronika Schniederlbers

Auf dem Podium sitzen drei „alte Hasen“ der Politik: Rainer Wieland (CDU), EP-Vizepräsident, 55 Jahre alt und seit 1997 Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP), Heide Rühle (Bündnis 90/Grüne), 64 Jahre alt, seit 1984 in der Politik aktiv und seit 1999 MdEP, und schließlich Michael Theurer (FDP), mit 45 Jahren der Jüngste in der Runde und erst seit 2009 im Europäischen Parlament, davor allerdings war er zwei Legislaturperioden Mitglied im Landtag von Baden-Württemberg.¹

Das Publikum ist gespannt darauf, was die drei berichten werden. Denn gerade für die aktiven Politiker sind die Instrumente des Web 2.0 ein attraktives Medium. Schnell und einfach lassen sich über Twitter, Facebook und Co. Informationen verbreiten, zu Veranstaltungen einladen oder eine Meinung zu einem aktuellen Thema veröffentlichen, ohne auf die traditionellen Massenmedien wie Fernsehen, Zeitung oder Radio angewiesen zu sein. 73,3 % der deutschen Bevölkerung nutzt laut der ARD/ZDF-Onlinestudie von 2011 zumindest gelegentlich das Internet. 23% der Befragten sind täglich in sozialen Netzwerken unterwegs, 42% zumindest gelegentlich.² Es können also viele Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Doch Social Media haben mehr Potenzial als nur ein weiterer Kanal für einseitige politische Kommunikation zu sein. Sie ermöglichen es, in Dialog zu treten: direkter Dialog zwischen Bürger und Politiker. Die Hürden dafür sind gering. Geringer zumindest als mit einem Leserbrief oder auf einer Veranstaltung im Wahlkreis mit einem Politiker ins Gespräch zu kommen, sein Anliegen darzustellen und Antworten zu bekommen. Durch Facebook, Twitter und Co. können Fragen und Anliegen ohne große Kosten geäußert werden. Politiker und Politikerinnen können darauf ebenfalls ohne große Kosten antworten, zeitversetzt, vom Büro oder auch von unterwegs. Wie also wird dieses Potential von Interaktivität auf das auch Staatsrätin Gisela Erler in ihrem Einführungsvortrag verwies, von den „drei alten Hasen“ auf dem Podium eingeschätzt? Mehr Bürgernähe? Mehr Dialog, von dem beide Seiten profitieren? Oder eher mehr



Stress, das Gefühl immer erreichbar sein zu müssen, der „Druck“ in Echtzeit zu antworten und sein „Politikerleben“ Stunde für Stunde auf Facebook oder Twitter dokumentieren zu müssen?

Alle drei MdEPs nutzen Facebook und Twitter. Herr Wieland stellt allerdings von Anfang an klar, dass er sich als Vertreter der „alten Schule“ verstehe. Er sei erst seit kurzem mit einem öffentlichen Profil bei Facebook vertreten. Für ihn sei es wichtig, dass man auch online in dem Gegenüber eine echte Person erkennt. Mit der Anonymität im Netz tue er sich generell schwer. Daher sortiere er zum Beispiel bei Email-Anfragen alle aus, bei denen er keinen Hinweis auf die reale Person findet. Ihm sei der Offline-Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wichtiger.



V.l.n.r.: Rainer Wieland, Heide Rühle, Michael Theurer, Moderator Florian Setzen

Frau Rühle nennt die Überschwemmung mit Anfragen über das Internet als ein großes Problem. Oft kämen Standardanfragen wie ganz aktuell bei der Debatte um ACTA. Diese mit Standardantworten zu beantworten, finde sie unhöflich und beantworte diese dann lieber gar nicht. Sie nutze Social Media vor allem, um Informationen zu verbreiten. Echte Kommunikation sei vor allem bei Twitter

nicht möglich. Hier gehe es eher um Schlagabtausch. Sie kritisiert, dass sich die meisten Posts aufgrund der Verkürzung auf 140 Zeichen auf „Bildzeitungsniveau“ bewegten. Daher bevorzuge sie als Kommunikationskanäle lieber die Homepage und einen „realen“, das bedeutet auf Papier gedruckten, Newsletter.

Herr Theurer nutzt neben Facebook und Twitter auch noch Xing und Flickr. Bürgeranfragen seien ihm trotzdem per Mail lieber und er verweist darauf, dass er und sein Büro pro Tag 500-1000 Emails bearbeiteten. Im Gegensatz zu seiner Kollegin Rühle habe er allerdings versucht, alle Standardmails zum Thema ACTA zu beantworten. Er wollte genau wissen, welches Problem die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Verordnung haben, bekam auf seine Rückfragen allerdings nur wenige Antworten.

Die erste Fragerunde ist beendet. Dem Gefühl nach sind die drei MdEPs sehr skeptisch gegenüber den Social Media eingestellt. Aber, welche Chancen haben diese Netzwerke denn dann? Warum sind alle drei darin vertreten?

Frau Rühle sieht die größte Chance in der Informationsverbreitung. Durch die Netzwerkstruktur verbreiteten sich die Informationen rasend schnell.

Herr Wieland nennt die kostengünstige Kommunikation als großen Vorteil des Web 2.0. Des Weiteren werden die traditionellen Kommunikationswege der Massenmedien aufgebrochen. Bei Facebook und Co. könne eben der Empfänger von Nachrichten und Informationen sehr leicht auch zum Sender werden. Doch bestehe Politik nicht nur aus der Bringschuld der Politikerinnen und Politiker. Es gebe ebenso eine Holschuld des mündigen Bürgers. Politiker und Politikerinnen müssten nicht nur alle Informationen bereitstellen, sondern Bürgerinnen und Bürger müssten ihrerseits auch aktiv nach Informationen suchen. „Wenn jemand etwas von mir möchte, soll er auf mich zugehen“, so Wieland. Und das gehe eben nicht anonym. Er beklagt den mangelnden Respekt im Kommunikationsstil der Onliner. Außerdem hätte vieles, was bei Facebook oder Twitter gepostet wird, keinen Informationswert. Er bezieht sich dabei auf die unzähligen Posts darüber, was man gerade isst, wie das Wetter ist oder dass man gerade auf den verspäteten Zug wartet. Darüber hinaus kritisiert er, dass viele verlernt hätten, sich ganz auf eine Sache zu konzentrieren, da sie ständig mit dem Smartphone online wären.

Michael Theurer sieht die Anonymität nicht ganz so kritisch wie sein Kollege. Die meisten benutzten auch in sozialen Netzwerken ihren richtigen Namen. Regeln allerdings seien für die Kommunikation genau wie im realen Leben wichtig.



Die Chancen des Web 2.0 sieht er vor allem darin, dass Informationen in Echtzeit verbreitet werden können und in Echtzeit darauf reagiert werden kann. Außerdem sei es bei Diskussionen nicht mehr notwendig, dass sich die Teilnehmer physisch am gleichen Ort befänden. Dies sei vor allem für Europa ein großer Vorteil. Mit Liquid Democracy nutze die FDP-Delegation genau diesen Vorteil von Web 2.0.

Herr Wieland weist zum Abschluss darauf hin, dass auch hinter Social-Media-Plattformen unternehmerische und damit finanzielle Interessen steckten. Dies müsse auch einmal kritisch betrachtet werden. Als Beispiel nennt er die Möglichkeit, „Gefällt-mir“-Klicks bei Ebay kaufen zu können.

Immer noch ist eine eher kritische Haltung der MdEPs gegenüber Social Media zu spüren. Zeit für die Publikumsfragen.

Stichwort Anonymität und Diskussion auf Bildzeitungsniveau: Ist das tatsächlich ein Online-Phänomen? Gibt es diese Diskussionen nicht auch an Stammtischen? Ja, da sind sich alle drei Diskutanten einig. Doch, – so Wieland – im Netz sei mehr Anonymität möglich, was einen minder respektvollen Umgangston in der Kommunikation wahrscheinlicher mache. Das sei bei Situationen von Angesicht zu Angesicht anders.

Titelstichwort „Druck“: Wie viel Zeit verbringen die drei MdEPs in sozialen Netzwerken und machen sie wirklich alles selber? Frau Rühle betont, dass sie alles selbst mache und veranschlagt für die Pflege ihrer Social-Media-Profile etwa eine Stunde am Tag. Allerdings poste sie nur eingeschränkt. Herr Wieland schätzt für Facebook 30 Minuten pro Woche. Seine Mitarbeiter würden aber auch auf ihn zugehen und Vorschläge machen, was man über die virtuellen Auftritte verbreiten könne. Twitter mache er selbst, da es hier vor allem auf die Authentizität ankomme. Die Regel sei allerdings, nichts Privates zu posten. Herr Theurer beschäftigt sich ebenfalls eine Stunde am Tag mit seinen Internetauftritten. Allerdings nicht am Stück, sondern immer mal wieder zwischendrin. Deshalb sei es auch ein großer Zeitfresser. Er poste aber nur etwas, wenn er Lust darauf hat.

Abschlussfrage. Noch einmal zurück auf die Chancen der sozialen Netzwerke: Können Facebook und Co. nicht dabei helfen, die Europapolitik dem Bürger näher zu bringen?

Frau Rühle weist darauf hin, dass das Europäische Parlament das transparenteste der Welt sei: Alle Dokumente stehen online zur Verfügung, Sitzungen könnten live über Europarl.tv verfolgt werden. Sie sehe ein Problem darin, die Balance zu finden, zwischen „Europa vermitteln“ und der tatsächlichen Arbeit. Das meiste, was sie tagtäglich in Ausschüssen diskutiere – so Rühle –, würde bei den Facebooknutzern wahrscheinlich nicht auf Interesse stoßen.

Zwar sei Social Media Lebenswirklichkeit vieler junger Menschen, meint Wieland und räumt ein, dass schon die Gefahr bestehe, dass die Politikerinnen und Politiker hier etwas verschlafen. Aber wenn jemanden etwas interessiert, so müsse derjenige sich auch selbst darüber informieren. Dies sei eben die Holschuld der Politik.

Wie ist also das Fazit dieser Diskussionsrunde? Die Skepsis aller drei MdEPs war während der ganzen Diskussion deutlich zu spüren. Die Chancen, die das Web 2.0 zu Diskussion und Dialog bereithält, werden nur am Rande gesehen. Aus dem Politikeralltag erfährt man deutlich die Nachteile: ständige Verfügbarkeit, Überschwemmung mit Massenmails, Kritik unter der Gürtellinie unter dem Schutzmantel der Anonymität des Netzes. Offen bleibt, ob alle MdEPs so denken.³

¹ Evelyne Gebhardt (SPD) MdEP musste ihr Kommen terminbedingt absagen.

² Weitere Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie finden sich auf: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>.

³ Eine positivere Einstellung zu den Social Media scheint z.B. der Europaabgeordnete Jan Albrecht zu haben. Siehe: <http://www.facebook.com/janalbrecht>.

Social Media – Relevante Plattformen, Anwendungsmöglichkeiten und Potential

von Evandro Oliveira und Ulrich Winchenbach

„Social Media“ bestehen aus einer beinahe unüberschaubaren Menge von Online-Plattformen, -Tools und -Netzwerken. Wikis, Social Bookmarks, Kollaboration-Tools, Blogs, SocialNetworks und Micromedia sind nur einige von ihnen. Die Weiterentwicklung der unterschiedlichen Plattformen und Werkzeuge im so genannten Web 2.0 ist sehr dynamisch, so dass Aufzählungen und Übersichten über die Anwendungen und deren aktuelle Verbreitung und Nutzerzahlen immer nur eine Momentaufnahme darstellen.

Grundlegende Prinzipien von Social Media bzw. dem Web 2.0 sind

- das Veröffentlichen und Teilen von digitalen Inhalten in Form von Texten, Bildern, Audio- und Video-Dateien,
- die Möglichkeit zur Interaktion und zum Dialog zwischen den Nutzerinnen und Nutzern durch Kommentar-, Antwort- und Bewertungsfunktionen,
- die Vernetzung der Nutzerinnen und Nutzer untereinander und ein schneller Austausch von Informationen in Netzwerken.

Die Bedeutung von sozialen Netzwerken zeigen die weltweiten Nutzerzahlen. So waren im Februar 2012 gemäß einer Erhebung von eMarketer.com rund 150 Millionen Menschen in Europa mindestens einmal im Monat in einem sozialen Netzwerk aktiv bei steigenden Nutzerzahlen. Das heißt, zahlreiche Bürgerinnen und Bürger tauschen sich in sozialen Netzwerken aus und können im Rahmen der europapolitischen Kommunikation zunehmend im Social Web erreicht werden.

Die Kommunikationsmöglichkeiten via Social Media eröffnen neue Wege der Bürgerbeteiligung und politischen Einflussnahme. Nutzerinnen und Nutzer sind miteinander durch die Möglichkeit der Interaktion verbunden. Einzelne können sich im Kontext gemeinsamer Themen miteinander vernetzen und aktiv werden. Mit Hilfe von SocialMedia-Plattformen können Communities für die eigenen Themen gezielt aufgebaut, informiert, vernetzt und gleichermaßen für Handlung-

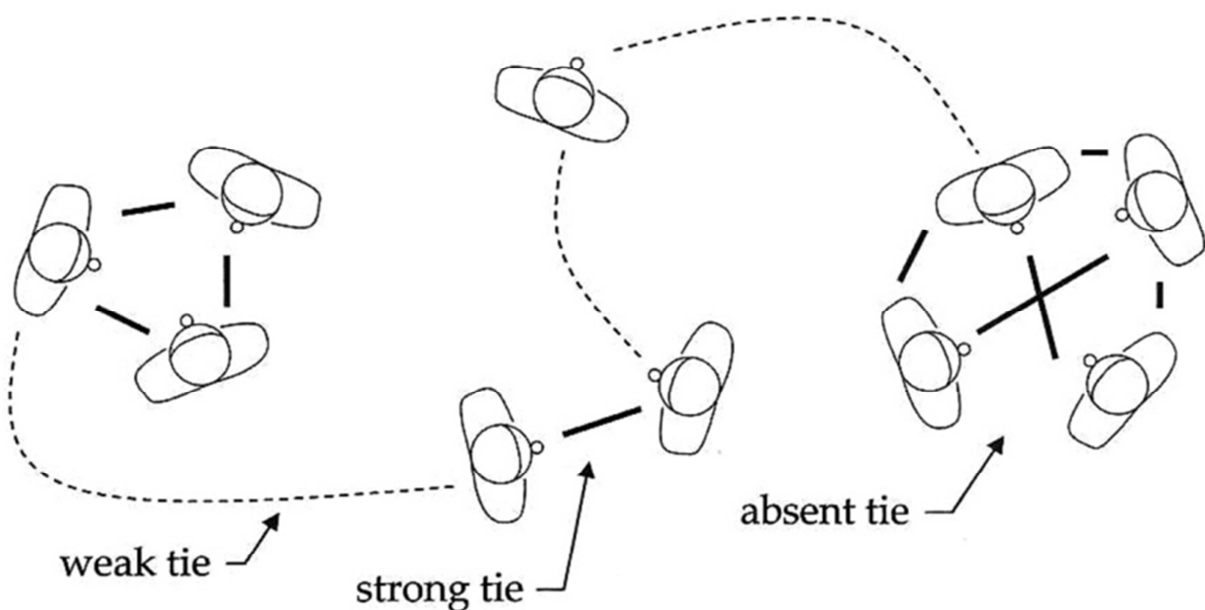


gen in der „realen“ Welt oder für Online-Aktivitäten aktiviert werden. Dies funktioniert zum Beispiel über Petitionen bei Avaaz oder Campact.

Die „WeakTiesTheory“

Woher kommt das große Potential der Social Media? Eine Erklärung bietet die „WeakTiesTheory“ von Mark Granovetter¹ (siehe Abbildung Nr. 1).

Granovetter betont die Bedeutung der „schwachen Bindungen (weak ties)“ und charakterisiert diese Bindungen als Beziehungen zu Zufallsbekanntschaften und Menschen, mit denen wir uns selten austauschen. Diese schwachen Bindungen bieten allerdings ein großes Potenzial, sich weiter zu vernetzen, neue Ideen auszutauschen und Impulse zu erhalten, weil über diese Bindungen Kontakte zu anderen Kreisen, Gruppen, Personen und Informationen ermöglicht werden. Dazu kommt, dass in der Online-Welt weniger soziale Hindernisse für das Networking bestehen und auch introvertiertere Menschen bequem Ideen austauschen und Beziehungen aufbauen können.



Weak Ties Theory von Mark Granovetter (Abb. Nr. 1)

Die zunehmende Beliebtheit und die Nutzerzahlen von sozialen Netzwerken zeigen, dass es für Europapolitikerinnen und -politiker inzwischen eine Notwendigkeit ist, diese neuen Kommunikationskanäle zu nutzen und anzubieten. So sind beispielsweise fast alle Mitglieder der Europäischen Kommission über Twitter erreichbar.

Neuer Kommunikationsstil

Beim Einstieg in die Social-Media-Kommunikation ist die Versuchung groß, altbewährte Vorgehensweisen aus der klassischen Kommunikation zu adaptieren. Doch dieses Vorgehen lässt viel Potential des Social Web ungenutzt. Die Kommunikation in den Social Media sollte dialogorientiert und authentisch sein. Die Kommunikation ist schnell, aber auch schnelllebig. Diskussionen sind transparent und offen. Es geht darum, die Nutzerinnen und Nutzer zu aktivieren und mit ihnen zu interagieren. Die Kommunikation mit und über Fans und Freunde ist eine Stärke des Social Web, die es strategisch und kreativ zu nutzen gilt.

Beim Start einer professionellen Kommunikation in den Social Media ist es empfehlenswert, zuerst zuzuhören und die Ausgangslage für die eigene Institution oder Person zu analysieren. Dabei kann es hilfreich sein, Plattformen und Netzwerke vor der professionellen Nutzung erst einmal privat auszuprobieren. Anschließend sollte dann gezielt eine Strategie aufgesetzt werden, die folgende Fragen beantwortet:

- Was will ich erreichen? (Kommunikationsziele)
- Wen will ich erreichen? (Zielgruppe)
- Was ist mein Hauptkanal? (Plattformen)
- Welche Kanäle nutzt meine Zielgruppe?
- Welche Botschaften will ich vermitteln? (Themen)
- Wie messe ich den Erfolg? (Monitoring)

Relevante Plattformen und die Social Media Kommunikationsarchitektur

Für die europapolitische Kommunikation sind die Plattformen und Netzwerke relevant, die große Nutzerzahlen haben und von den Online-Portalen der klassischen Medien durch die Integration direkter Empfehlungsbuttons genutzt werden. Neben Facebook sind dies aktuell noch Twitter und Google+. Auch ein Blick auf die Website der Europäischen Kommission (<http://ec.europa.eu>) gibt Aufschluss darüber, welche Plattformen dort als relevant angesehen und gespielt werden. So finden sich dort auf der Startseite die Links zu den Facebook-, Twitter- und YouTube-Accounts der Kommission sowie zu Blogs von Kommissarinnen und Kommissaren.

Neben der Präsenz auf einzelnen Plattformen ist es wichtig und sinnvoll, sich das Zusammenspiel und die Vernetzungsmöglichkeiten der einzelnen Netzwerke und Werkzeuge im Web 2.0 anzuschauen. Ein Modell für die digitale Kommunikationsarchitektur mit Twitter, Facebook, E-Mail, Blog, Website und Youtube und Co. bietet Björn Eichstädt, Storymaker Agentur für PR, Tübingen. Bei der Kommunikationsarchitektur von Eichstädt (siehe Abbildung Nr. 2) steht die Website oder der Blog einer Organisation im Mittelpunkt

Die digitale Kommunikationsarchitektur mit Twitter, Facebook, E-Mail, Blog, Website, YouTube und Co.



Digitale Kommunikationsarchitektur, Björn Eichstädt (Abb. Nr. 2)

Ein Ziel der Kommunikation von Organisationen im Internet ist es, möglichst viele Personen im Netz zu erreichen und damit eine Öffentlichkeit für die eigenen Themen zu schaffen. Der Einsatz von Social Media kann dieses Ziel unterstützen, indem zum einen neben dem klassischen E-Mail-Verteiler die sozialen Netzwerke wie Facebook, Twitter und Google+ dafür verwendet werden, durch interessante Postings oder Tweets Besucher auf die eigene Website oder den eigenen Blog zu bringen. Zum anderen bieten verschiedene Social-Media-Plattformen die Möglichkeit, die eigene Internetpräsenz durch die flexible Integration von multimedialen Inhalten attraktiv zu gestalten. Durch die Nutzung von YouTube für eigene Videos, Flickr für eigene Bilder, Soundcloud für eigene

Audiodateien, Slideshare für eigene Präsentationen und issuu für eigene Print-Publikationen, können diese Inhalte im Netz abgespeichert und durch Verlinkung mit der eigenen Website in verschiedene thematisch passende Artikel integriert werden. Es ist also technisch einfach, Artikel mit unterschiedlichen multimedialen Inhalten auf der eigenen Internetpräsenz zu veröffentlichen und via verschiedenen Social-Media-Kanälen auf sie hinzuweisen, damit diese von möglichst vielen Personen im Internet rezipiert werden.

Das Potenzial von Social Media

Das Potenzial von Social Media in der politischen Kommunikation, der Bürgerbeteiligung, der partizipativen Demokratie und der politischen Diskussion ist abhängig vom Grad der Integration der Social-Media-Aktivitäten. Insofern kann man die Social-Media-Kommunikation von Organisationen oder Politikerinnen und Politikern in verschiedene Integrationsstufen einordnen:

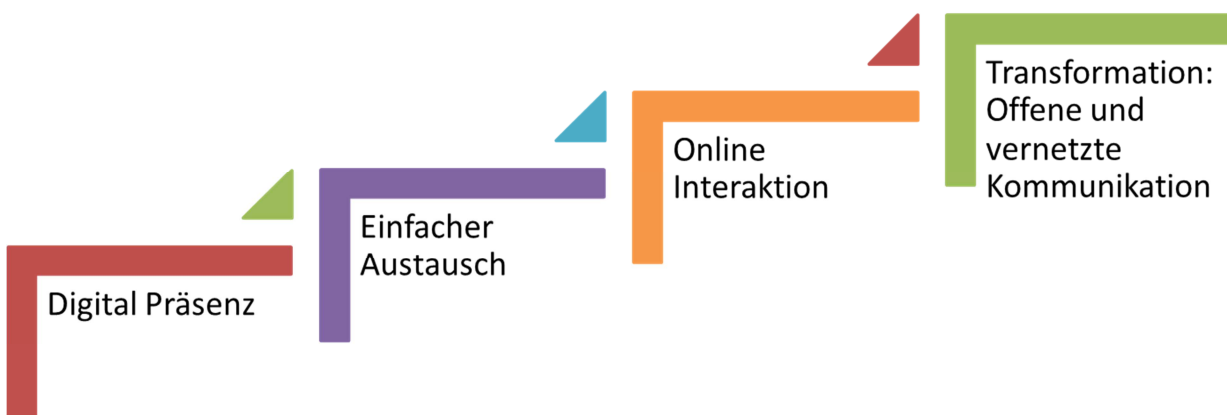
- ad hoc, wenn nur vereinzelt Erfahrungen mit Social Media gemacht werden;
- experimentell, wenn verschiedene Aktivitäten unsystematisch vorangetrieben werden;
- integriert, wenn es eine Anleitung und Strategie für Social-Media-Aktivitäten gibt;
- und schließlich die transformative Stufe, wenn die Organisation umfangreiche Erfahrungen gesammelt hat und einen neuen Kommunikationsansatz, den wir als das neue Dialog-Paradigma bezeichnen, umgesetzt hat.

Die transformative Stufe der Social-Media-Kommunikation rückt das Dialog-Paradigma und die offene Interaktion mit dem Publikum in den Vordergrund. Diese wird durch eine Öffnung der Organisationen und eine authentische Selbstdarstellung, die nicht der klassischen sozialen Rollendarstellung entspricht, erreicht. Das bedeutet, dass Politikerinnen und Politiker sich als Menschen zeigen und Organisationen sich mit den Namen der Menschen, die Teil dieser Strukturen sind, präsentieren. Diese Mischung aus Herausforderungen und Chancen eröffnet ein enormes Potenzial für die europapolitische Diskussion, da die zunehmende Partizipation zu einem qualitativ hochwertigen Ideenaustausch führen kann.

Ein Beispiel sind soziale Netzwerke wie Facebook, die keine Struktur zu haben scheinen, aber dennoch Regeln folgen. Im Gegensatz zu herkömmlichen Kommunikationsstrukturen gibt es hier aber weniger inhaltliche Zensur aufgrund von

Gruppendruck. Die Definition eines neuen Dialog-Paradigmas wird vollständig, wenn das eigene Bild und die persönliche Meinung in der Öffentlichkeit nicht verzerrt wiedergegeben oder präsentiert werden, sondern immer authentisch erscheinen. Aus diesem Grund kann eine fragmentarische oder fehlende Veröffentlichung oder Freigabe schon selbst eine Botschaft sein. In diesem Sinne wirkt das soziale Netzwerk als Konstante sozialer Versuche. Die Nutzer sind einer laufenden psychosozialen Selbsteinschätzung und somit einem Experimentierfeld ausgesetzt. Das fördert einen tiefen Ideenaustausch und eine transformative Diskussion, in der die Akteure ihre Meinung ändern können.

Dies bezeichnen wir als das neue Dialog-Paradigma, das allerdings nicht im ersten Versuch auf Anhieb zu erreichen ist, da die Organisationsmitglieder oder Politikerinnen und Politiker sich erst stufenweise in die Social-Media-Nutzung vertiefen müssen. Marijke Lemal² hat eine Typologie entwickelt, die zutreffend die Reifestadien der Social-Media-Kommunikation veranschaulicht (siehe Abbildung Nr. 3). Das letzte Reifestadium – die Transformation: offene und vernetzte Kommunikation – kann demnach nur erreicht werden, wenn die Politikerinnen und Politiker oder die Organisation sich schon in einem integrierten und authentischen neuen Dialog-Paradigma befinden, das heißt, sie setzen einen neuen Kommunikationsstil um, der sich auszeichnet durch Dialogorientierung, Authentizität, Schnelligkeit, aber auch Schnelllebigkeit, Transparenz und Offenheit.



Reifestadien Typologie nach Marijke Lemal, Autorendarstellung (Abb. Nr. 3)

¹ Granovetter, Mark S., American Journal of Sociology, Volume 78, Issue 6 (May, 1973).

² Social media for local government: an adoption framework, MarijkeLemalMemori, Lessius University College, Mechelen/Belgium. Quelle: http://www.euprera.org/_webdata/downloads/283symposium2012_abstracts.pdf.

Die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative – Eine Zwischenbeurteilung

von Prof. Dr. Robert Müller-Török

1. Aufgaben und Rolle der Organisatoren

Die Verordnung zur Europäischen Bürgerinitiative¹ (EBI) regelt detailliert deren Organisation und Ablauf.² Ergänzend wurden durch die Europäische Kommission technische Spezifikationen festgelegt.³ Auf einer eigenen Website, <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome> stellt die Europäische Kommission Informationen zur Verfügung. Der dort beschriebene Ablauf⁴ wirft einige Fragen auf, die nachstehend thematisiert werden.

Diese Fragen betreffen

- Art. 2 (3): „Organisatoren“ natürliche Personen, die einen Bürgerausschuss bilden, der für die Vorbereitung einer Bürgerinitiative sowie ihre Einreichung bei der Kommission verantwortlich ist.“
- Art. 3 (2): „Die Organisatoren bilden einen Bürgerausschuss, dem mindestens sieben Personen angehören, die Einwohner von mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten sind.“
- Art. 5 (1): „Die Organisatoren sind verantwortlich für die Sammlung der Unterstützungsbekundungen von Unterzeichnern einer geplanten Bürgerinitiative [...]“
- Art. 12 (1): „Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten in Anwendung dieser Verordnung haben die Organisatoren einer Bürgerinitiative und die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats die Richtlinie 95/46/EG (Datenschutzrichtlinie, Anm. d. Verf.) und die auf ihrer Grundlage erlassenen einzelstaatlichen Vorschriften einzuhalten.“
- Art. 12 (2): „Für die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten gelten die Organisatoren einer Bürgerinitiative und die gemäß Art. 15 Absatz 2 benannten zuständigen Behörden als für die Verarbeitung perso-

nenbezogener Daten Verantwortliche gemäß Art. 2 Buchstabe d der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutzrichtlinie, Anm. d. Verf.).“

- Art. 13: „Die Organisatoren haften entsprechend dem geltenden einzelstaatlichen Recht für alle Schäden, die sie bei der Organisation einer Bürgerinitiative verursachen.“
- Art. 14 (1): „Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass gegen Organisatoren geeignete Sanktionen für Verstöße gegen diese Verordnung verhängt werden, insbesondere für: a) falsche Erklärungen der Organisatoren, b) Datenmissbrauch.“
- Art. 14 (2): „Die [...] genannten Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.“



Prof. Dr. Robert Müller-Török

2. Organisatorische Analyse der Aufgaben und Rolle des Bürgerausschusses

Aus diesen Bestimmungen ergeben sich, bei entsprechender Diskussion und Würdigung⁵, folgende Schlussfolgerungen:

Bürgerausschuss

- Die Mitglieder des Bürgerausschusses haften unbeschränkt und solidarisch, das heißt mit ihrem gesamten Vermögen⁶ und ohne individuelle Schuld.
- Es existieren keinerlei Regelungen für Innen- und Außenverhältnis, auch beispielsweise nicht für den Fall, dass ein Mitglied stirbt oder ausscheidet.
- Die Teilnahme zivilrechtlich beschränkt geschäftsfähiger Personen, konkret 16- bis 18-jähriger Österreicher, als Organisator ist möglich.

Online-Sammelsystem

- Die Verwendung einer starken Identifikation des Unterstützers ist nicht vorgeschrieben, also nicht erforderlich.
- Das System ist von einer de facto beliebig auszuwählenden Behörde binnen eines Monats zu zertifizieren – eine angemessene Zertifizierung zum Beispiel nach Common Criteria EAL 4 erfordert deutlich mehr Zeit.
- Wann eine Re-Zertifizierung erforderlich ist, z. B. nach einem Patch zum Schließen einer Sicherheitslücke, ist nicht geklärt. Ob in so einem Fall die Online-Sammlung unterbrochen werden muss, ist ebenfalls unregelt.

Sammlung von Unterstützungserklärungen

- Die bis zu einem Jahr dauernde europaweite Sammlung von Unterstützungserklärungen in Papierform erfolgt auf eigene Kosten durch den Bürgerausschuss, ohne jede Unterstützung durch Behörden.
- Die Sammlung mit einem Online-Sammelsystem erfolgt ebenfalls ohne ein zur Verfügung gestelltes System der Behörden.
- Eine komplexe Zuordnung der EU-Bürger zu nationalen Kontingenten erfordert permanentes Monitoring und Controlling der Sammlung durch die Organisatoren.
- Durch die Bestimmungen der Verordnung sind Millionen Europäer von ihrem Recht auf Unterstützung ausgeschlossen, andere Millionen haben hingegen ein Wahlrecht, auf welches Kontingent ihre Unterstützung angerechnet wird.



- Mehrfachunterstützungen durch Mehrfachstaatsbürger können nicht erkannt werden, da ein Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten hier nicht vorgesehen ist



Vier Europäer – Wo ist die Gleichheit?

- Robert
- Pass: AT
- Wohnsitz: DE
- EBI-Kontingent: AT oder DE
- EP-Wahlrecht: AT oder DE

- Claudia
- Pass: DE
- Wohnsitz: DE
- EBI-Kontingent: DE
- EP-Wahlrecht: DE

- **Stuart**
- **Pass: UK**
- **Wohnsitz: AT**
- **EBI-Kontingent: keines**
- **EP-Wahlrecht: AT oder UK**

- Domenica
- Pass: IT und AU
- Wohnsitz: AT
- EBI-Kontingent: IT
- EP-Wahlrecht: IT

Das sind reale Fälle aus meinem Umfeld – warum darf Stuart keine EBI unterstützen und Robert kann taktieren? Hält das vor dem EuGH?

Unterstützungsmöglichkeiten konkreter EU-Bürger für die Europäische Bürgerinitiative (EBI)

Zertifizierung von Unterstützungserklärungen

- Die Prüfung der Unterstützungserklärungen auf Basis von Stichproben ist ausdrücklich zulässig.
- Eine Prüfung der Authentizität ist technisch nicht möglich, da für eine Unterschriftenprüfung ein aufwändiges Verfahren erforderlich ist und für die online gesammelten Unterstützungserklärungen keine Signaturen vorliegen.
- Für die Prüfung (von ggf. Millionen Unterstützungserklärungen) hat die nationale Behörde maximal drei Monate Zeit.
- Rechtsmittel gegenüber dieser Behörde unterliegen dem nationalen Recht. Der Fristenlauf wird hierbei nicht geregelt.

3. Status und Vorschlag zur Revision

Das EBI-Recht lautet zusammengefasst: **„Organisatoren, macht alles allein, haltet Euch an alle Vorschriften aller 27 Mitgliedstaaten und seid für alles allein verantwortlich, haft- und strafbar.“** Per 4.6.2012 sind insgesamt sechs EBI registriert, die bereits seit 8.-10.5.2012 Unterstützungserklärungen sammeln. Keine einzige davon sammelt online. Zwei verweisen auf die Nichtverfügbarkeit der von der Kommission zur Verfügung zu stellenden Open-Source-Software zur Online-Sammlung.

Für die 2015 vorgeschriebene Revision der Verordnung sind folgende Punkte dringend empfehlenswert:

1. Zurverfügungstellung einer Infrastruktur für die Sammlung von Unterstützungserklärungen, wenigstens für die Online-Sammlung, durch die EU.
2. Harmonisierung straf- und zivilrechtlicher Bestimmungen gegenüber den Organisatoren.
3. Erstellung eines europäischen Wählerverzeichnisses in Entsprechung des Artikels 13 der Richtlinie 93/109/EG.

Es ist zu hoffen, dass nach den noch zu machenden, aber absehbaren Erfahrungen der Praxis die revidierte Europäische Bürgerinitiative zu einem Instrument eines Europas der partizipierenden Bürger wird.

¹ Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlament und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Bürgerinitiative, Amtsblatt der Europäischen Union vom 11.3.2011, L 65/1. Brüssel (2011).

² Für eine grundlegende juristische und technische Würdigung der EBI als solche siehe Alexander Balthasar und Alexander Prosser "Die Europäische Bürgerinitiative – Gefährdung der Glaubwürdigkeit eines direkt-demokratischen Instruments?", Journal für Rechtspolitik 18 (2010).

³ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1179/2011 der Kommission vom 17. November 2011 zur Festlegung der technischen Spezifikationen für Online-Sammelsysteme gemäß der Verordnung (EU) Nr. 211/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bürgerinitiative.

⁴ <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/how-it-works>.

⁵ Diese Diskussion erfolgte u.a. durch Robert Müller-Török und Robert Stein in „Die Europäische Bürgerinitiative aus Sicht nationaler Wahlbehörden – Probleme der Verifikation von Unterstützungserklärungen in der Praxis“, Verwaltung und Management, 5/2010; „Die Rechtsakte zur Europäischen Bürgerinitiative – Offene Fragen und Risiken für Organisatoren“, IRIS 2012, ISBN 978-3-85403-278-6 sowie durch „The Assignment of European Citizens to Member States in the European Citizens' Initiative – Data Modelling Issues for Organisers and Authorities“, 9th Eastern European eGov-Days 2011, ISBN 978-3-85403-281-6.

⁶ Bei z. B. nur 200 geleakten Datensätzen und einer Datenschutzbehörde, die pro Einzelfall 50 Euro Geldbuße verhängt, bedeutet dies 10.000 Euro.



Die Nutzung des Web 2.0 durch die EU-Institutionen zur Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern – Trends, Szenarien und Auswirkungen

von Robert Andrecs

Wenn in den Medien oder in Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern von EU-Politik die Rede ist, wird in der Regel von „Brüssel“ gesprochen. Diese Beschreibung bildet nur unzureichend die Realität der unterschiedlichen Rollen- und Aufgabenverteilung der EU-Institutionen ab. „Brüssel“ ist also differenziert zu sehen. Dies spiegelt sich auch in der digitalen Kommunikation wider: Die EU-Institutionen reagieren unterschiedlich auf die Herausforderungen der Webkommunikation und der Nutzung von Web-2.0-Plattformen.

Allen gemeinsam ist allerdings die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der sich die EU-Institutionen seit 2010 ihre Präsenz auf sozialen Netzwerken aufgebaut haben, sowie der Innovationsgehalt, welcher diese Entwicklung begleitete. Allen gemeinsam ist auch die Erkenntnis des Potenzials der Sozialen Medien für die Kommunikation, den Austausch von Ideen und für die Erarbeitung von Lösungen. Fazit: „Brüssel“ kann sich bei der Nutzung von sozialen Netzwerken und innovativen Kommunikationsansätzen mit dem Ziel der Bürgernähe und Transparenz spielend mit anderen internationalen Organisationen und öffentlichen Verwaltungen messen.

Die relative Bedeutung der Kommunikation über das Web und soziale Netzwerke als Teil des Kommunikationsmix nimmt stetig zu. Die Vorteile der Online-Kanäle: Sie erlauben, mit Bürgern unbürokratisch in Dialog zu treten, deren Anliegen zu diskutieren und Zielgruppen zu erreichen, welche traditionellen Medien den Rücken kehren; ihre Reichweite entwickelt sich rasant mit der Internet-Nutzung; sie sind kosteneffizient.

Die Europäische Kommission unterhält vier zentrale Profile auf YouTube/EUTube, Twitter, Facebook und Google+. In Abhängigkeit von nationalen, regionalen und lokalen Präferenzen kann die Europäische Kommission auch andere soziale Netzwerke nutzen, wie beispielsweise Hyves in den Niederlan-



den, Blip in Polen oder Tuenti in Spanien. Eine ganze Reihe von Kommissaren und Kommissionsdiensten verwendet Twitter und Facebook.

Trotz der Popularität der sozialen Netzwerke ist und bleibt die EUROPA-Website¹ die Referenz-Informationsquelle für Bürger, Unternehmen und andere Interessengruppen. Soziale Netzwerke und Website bilden eine Symbiose, da viele Einträge auf Facebook oder Twitter auf die Website rückverweisen. Daher investiert die Kommission Tag für Tag in die Aktualität, Zugänglichkeit, Sprachenvielfalt und Relevanz ihrer Online-Präsenz auf EUROPA.



Robert Andreacs

Kontext und Herausforderungen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise geht an niemandem spurlos vorbei. Die Europäische Kommission ist keine Ausnahme. Die aktuelle Situation hat nicht nur eine wirtschaftliche und soziale Dimension. Wir sind mit einer Vertrauenskrise konfrontiert. Ein Vertrauensverlust des Bürgers in nationale, europäische und internationale Institutionen kann die Abwendung von Vorhaben im Allgemein-

teresse – dies umfasst das europäische Projekt - bewirken, wenn nicht gegen-gesteuert wird.

Gleichzeitig steigen die Erwartungen an die öffentlichen Verwaltungen. Bürgerinnen und Bürger erwarten rasche und unbürokratische Hilfestellung bei immer komplexeren Problemen. Durch das Verständnis der sozialen Netzwerke, nämlich dort zu sein, wo die Diskussionen stattfinden, wird die berühmte Holschuld des Bürgers betreffend öffentlich-rechtlicher Informationen zur Bringschuld des öffentlichen Dienstes.

Die neuen technologischen Möglichkeiten werden intensiv genutzt. Der Zugriff auf Online-Informationen über mobile Endgeräte steigt rapide und die öffentlichen Verwaltungen müssen ihr Informationsangebot, ihre Dienste und Infrastruktur entsprechend anpassen. Mehr als 30 % der Facebook-Nutzer und mehr als 55 % der Twitter-Nutzer greifen auf diese Dienste mobil zu. Schätzungen zufolge könnte die mobile Datennutzung bis 2017 um einen Faktor von 20 steigen.

Die Antworten

Die Kommunikation der Europäischen Kommission muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen. Dies geschieht durch die Setzung von Kommunikationsprioritäten, durch mehr Effizienz und Anpassung an die technologischen Trends und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Die digitale Kommunikation leistet hierzu einen entscheidenden Beitrag.

Die Kommunikationsprioritäten beruhen auf zwei Säulen: Einerseits steht der Bürger im Mittelpunkt, andererseits geht es um die wirtschaftliche Dimension – Stichworte Wachstum, Stabilität und Solidarität. Meilensteine der Bürgerkommunikation: Veröffentlichung des EU-Berichts 2013 über die Unionsbürgerschaft, der durch eine öffentliche Bürgerkonsultation² im Jahr 2012 vorbereitet wird; Bürgerdialoge 2012/2013; Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013. Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass im Jahr 2012 eine Reihe von Aktivitäten im Hinblick auf das 20. Jubiläum des EU-Binnenmarktes stattfinden.

Effizienzsteigerungen werden durch eine bessere integrierte Planung und Durchführung der Kommunikation erwartet. Online- und Offline-Kommunikation müssen aufeinander abgestimmt und als Teil eines umfassenden Kommunikationskonzepts verstanden werden.



Die Kommission trägt der mobilen Revolution bereits Rechnung, ein Teil des Weges liegt allerdings noch vor uns. Die bereits bestehenden mobilen Websites (Bürgerportal „Ihr Europa“, verschiedene Websites der Kommission, mobile Version des EU Press Room geplant für Herbst 2012) werden durch mobile Applikationen ergänzt (Europäische Krankenversicherungskarte, EU Press Room, EU-Passagierrechte).

Die Präsenz der Europäischen Kommission in sozialen Netzwerken

Die Europäische Kommission hat seit 2010 ihre Präsenz in Sozialen Medien mit Lichtgeschwindigkeit aufgebaut. Abgesehen von den zentralen Kommissionsprofilen auf Twitter und Facebook (seit 2010) sowie Google+ (2012) stehen sowohl Kommissare, Pressesprecher als auch Kommissionsdienste den Mitgliedern der Twitter- und Facebook-„Communities“ Rede und Antwort.

Die beiden folgenden Websites³ bieten einen Überblick über die vielfältigen Aktivitäten der EU-Institutionen in sozialen Netzwerken.



2012 – Dynamische Entwicklung der EK-Präsenz in sozialen Netzwerken – Komplementär zum Web

The screenshot shows a website titled 'European Union in social media'. It has a navigation bar with various social media categories. The main content area is divided into sections for different Twitter accounts, such as 'Twitter / MalmstromEU', 'Twitter / AntonioTajaniEU', and 'Twitter / APiebalgsEU'. Each section includes a profile picture, name, and a list of tweets. On the right side, there is a 'Connect with EU on social networks' section with a disclaimer and a 'CONTACT' section with general information enquiries and an email address.

Website der Europäischen Kommission mit Informationen zur Präsenz in sozialen Netzwerken

Facebook: Die Europäische Kommission hat seit 2010 ein Profil und nutzt dieses als offizielle Informationsquelle für die Kommunikation mit dem Bürger. Die Facebook-Seite der Kommission hatte im Juni 2012 mehr als 41.000 „Gefällt mir“-Angaben.

Des Weiteren unterhalten elf Kommissare, 13 Generaldirektionen der Kommission und mehrere Kommissionsvertretungen in den EU-Mitgliedstaaten Facebook-Profile.

Sowohl das Europäische Parlament (380.000+ „Gefällt mir“-Angaben) als auch der Rat der Europäischen Union (9.000+ „Gefällt mir“-Angaben) unterhalten institutionelle Facebook-Seiten. Des Weiteren sind auf Facebook der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz, Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy sowie der Pressedienst des EU-Rates.

Twitter: Das Twitter-Profil der Kommission gibt es seit Juni 2010. Es dient vor allem zur Information über aktuelle Entwicklungen (Presseausendungen und -informationen) und zum Teilen („retweets“) von Inhalten anderer Kommissionsprofile. Das Profil @EU_Commission hatte im Juli 2012 mehr als 62.000+ Followers und teilt wöchentlich rund 500 Inhalte (retweets).

Dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, kann über sein Twitter-Profil @BarrosoEU gefolgt werden.

Twitter wird auch von 16 Kommissaren und 19 Pressesprechern, 20 Kommissionsvertretungen in den Mitgliedstaaten und 20 Generaldirektionen genutzt.

Das Europäische Parlament nutzt Twitter (11.300+ Followers) genauso wie der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz, Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Parlamentspressedienst. Für den Europäischen Rat twittert Präsident Herman Van Rompuy. Der Pressedienst des EU-Rates unterhält ebenfalls ein Twitter-Profil.

EUTube/YouTube: Seit März 2006 ist EUTube der offizielle Videokanal der Kommission auf YouTube. EUTube hat mehr als 15.000 Abonnenten und über 19 Millionen Zugriffe auf 370 Videos.

Blogs⁴: Sechs Kommissare bloggen auf EUROPA, darüber hinaus zwei Kommissionsvertretungen und Agenturen. Ein Blog ist der „Digitalen Agenda für Europa“ gewidmet, einer der sieben Leitinitiativen der Europa-2020-Strategie.⁵



Google+: Seit Anfang 2012 ist die Europäische Kommission auch auf Google+ vertreten. Mehr als 940 G+ Nutzer haben die Seite ihren „circles“ (bevorzugte Inhaltsquellen auf G+) hinzugefügt (Stand Juni 2012).

Soziale Netzwerke für Information, Kommunikation und Feedback

Die Erfahrung zeigt, dass wir das Engagement in sozialen Netzwerken als langfristige Investition sehen müssen. Es geht dabei einerseits um den Aufbau von Netzwerken und Beziehungsgeflechten, andererseits um die systematische Nutzung von Feedback zur Verbesserung der Qualität unserer Kommunikation und Politikinitiativen. Die bessere Kommunikation mit bestehenden Zielgruppen über zusätzliche Kanäle ist ebenso bedeutend wie das Ansprechen neuer Zielgruppen.

Der Erfolg in sozialen Netzwerken hängt ab von folgenden Faktoren:

- Information und Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern auf den von ihnen verwendeten Plattformen und über die Inhalte, die für sie relevant sind (soziale Netzwerke zur Verbesserung des Zugangs zu Informationen und Diensten);
- Ein offener Dialog („Community Engagement“), der auf individueller Ebene geführt wird, ist entscheidend (Förderung von Transparenz, Offenheit, Glaubwürdigkeit);
- Aufbau und Pflege von Feedback-Schleifen und Dialog (soziale Netzwerke als „sounding board“ und Quelle für Ideen/„crowd-sourcing“);
- Aktives Zuhören, Monitoring und zeitnahe Reaktion auf konkrete Anliegen (Antizipation neuer Themen).

Vor diesem Hintergrund setzt die Europäische Kommission verstärkt auf „aktives Zuhören“, Dialog mittels geeigneter Inhalte und Professionalisierung.

Die Europäische Kommission folgt zeitnah den Diskussionen auf sozialen Netzwerken, die EU-relevante Themen betreffen. Damit sollen neue Themen erkannt und geeignete Antworten rechtzeitig erarbeitet werden. Des Weiteren geht es um die Messung der Sichtbarkeit der Europäischen Kommission auf sozialen Netzwerken sowie der Optimierung ihrer Aktivitäten angesichts der gesammelten Erfahrungen („lessons learnt“).

Audio-visuelle Inhalte sind auf sozialen Netzwerken besonders beliebt: Fotos, Infografiken, Animationen, Kurzvideos. Deshalb legt die Kommission verstärkt Augenmerk auf die Entwicklung derartiger Inhalte in Abhängigkeit von der Zielgruppe und des Teilbarkeitspotenzials. Die Kommission legt besonderes Augenmerk auf die bessere Aufbereitung und Teilbarkeit von Inhalten und dies nicht nur in Brüssel und Umgebung („Brussels Bubble“), sondern auch über nationale und regionale Netzwerke und unter Berücksichtigung der Sprachenvielfalt in Europa.

Zur Professionalisierung ihrer Aktivitäten unterhält die Europäische Kommission ein internes Netzwerk aller Akteure, die auf Sozialen Medien aktiv sind. Das Netzwerk sorgt für Kohärenz und Koordination der Kommunikation, führt Schulungen einschließlich Workshops und Coachings durch und organisiert den Erfahrungsaustausch.

Beispiel für die Nutzung von Online Kommunikation einschließlich sozialer Netzwerke

Das Beispiel der umfassenden Online-Konsultation über Bürgerrechte verdeutlicht die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Politikgestaltung über verschiedene Online-Kanäle einschließlich sozialer Netzwerke.

Vom 9. Mai bis zum 9. September 2012 haben Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, der Kommission zu sagen, was sie von ihren Rechten als EU-Bürger(in) halten. Dabei kann es um sehr praktische Fragen gehen wie den Umzug von einem EU-Land in ein anderes oder Probleme beim Online-Shopping in einem anderen EU-Land. Gleichzeitig werden die Teilnehmer der Befragung aufgefordert mitzuteilen, welche Art von EU sie sich für das Jahr 2020 erwarten. Das Ergebnis der Befragung wird in den Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013 einfließen. Die Konsultation ist im Übrigen ein wichtiger Bestandteil des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013.

Die Konsultation wurde sowohl über traditionelle Kommunikationswege (Presseaussendung, Artikel, etc.) als auch über digitale Medien (Web, soziale Netzwerke) bekannt gemacht. Darüber hinaus wird das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger durch eine Reihe von Bürger-Veranstaltungen in ganz Europa mit einer bedeutenden „Social Media“-Komponente begleitet.

The image shows a screenshot of the European Commission website for a public consultation titled "Your rights, your future". The main heading in yellow reads "Ihre Meinung zählt! Ihre Rechte, Ihre Zukunft". A URL is displayed in a white box: <http://ec.europa.eu/justice/opinion/your-rights-your-future/>. The consultation period is "Vom 9. Mai bis 9. September 2012". The page includes a video player, a "Share your views" button, and a section titled "Tell us what you think" with three questions: "Have you ever encountered difficulties moving to another EU country?", "Have you ever had problems when trying to shop online from another EU country?", and "In what kind of Union would you like to live in 2020?". The page also features a graphic of silhouettes of people and a cluster of colorful circles.

Ihre Meinung zählt! Ihre Rechte, Ihre Zukunft – Online-Konsultation der Europäischen Kommission

Fazit und Ausblick

Die EU-Institutionen nutzen bereits umfassend und erfolgreich soziale Netzwerke. Die Dynamik ist atemberaubend. Das Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Nicht nur das digitale Kommunikationsumfeld befindet sich im Umbruch. Ein bemerkenswerter Mentalitätswandel ist in den Institutionen spürbar.

Die Bedeutung sozialer Netzwerke für Dialog, Feedback und politische Kommunikation wurde erkannt. Die Umsetzung dieser Erkenntnis in eine integrierte Strategie und koordinierte Aktivitäten ist im Gange.

Herausforderungen für 2012 und 2013:

- Weiterentwicklung und Optimierung der „Social Media“-Aktivitäten als Teil der digitalen Kommunikation.
- Dies muss der Neugestaltung des Internet-Auftritts der Europäischen Kommission Rechnung tragen, mit dem die Relevanz von EUROPA er-

höht (weniger, aber bessere Websites) und die „soziale“ Komponente des Web-Auftritts gestärkt werden soll.

- Professionalisierung des Monitoring sozialer Netzwerke, damit Anliegen rechtzeitig erkannt und auf geeignete Art und Weise reagiert werden kann.
- Berücksichtigung der Sprachenvielfalt in der Kommunikation über soziale Netzwerke.

¹ <http://europa.eu>.

² <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/461&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>.

³ EUROPA: http://europa.eu/take-part/social-media/index_en.htm.

The EU in social media – Netvibes: <http://www.netvibes.com/euinsocialmedia#Home>

Siehe auch den Social Media Blog der Kommission: http://blogs.ec.europa.eu/waltzing_matilda/.

⁴ Einen Überblick der „Euroblogosphere“ bietet Ronny Patz:

<http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2012/04/19/women-dont-blog-about-eu-politics/>.

⁵ Presseaussendung IP/10/225 vom 3. März 2010. Siehe auch Website

http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm.

„Listening Democracy“: die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch Soziale Medien

von Julian Plottka

Die These, dass Kommunikation in sozialen Netzwerken ein Hype sei, unterstützte kein Teilnehmer der Podiumsdiskussion „Social Media in der europapolitischen Kommunikation – Hype oder Revolution? Wege zu mehr Bürgerbeteiligung in Europa mit Social Media“. *Robert Andrecs*¹, *Gunter Czisch*², *Peter Friedrich*³ und *Ronny Patz*⁴ diskutierten moderiert von *Arthur Landwehr*⁵, wie sich Politik, deren Vermittlung und die Teilhabe der Bürger an ihr durch Soziale Medien verändern. Dabei wurde deutlich, dass Soziale Medien die etablierten Institutionen repräsentativer Demokratie nicht infrage stellen, sondern als ergänzender Kanal das Potenzial haben, geografische wie gesellschaftliche Grenzen zu überwinden und neue Beteiligungsangebote bereitzustellen.

Ausgangspunkt war die Frage nach dem Verhältnis Sozialer Medien zu etablierten Kanälen politischer Kommunikation. Es herrschte Einigkeit, dass es sich um ein ergänzendes, aber nicht um ein bestehende Kanäle verdrängendes Medium handelt. Gerade das persönliche Gespräch sei nicht ersetzbar. *Czisch* illustrierte aber anhand der Arbeit des Donaubüros, das gesellschaftliche Akteure entlang der gesamten Donau zusammenbringt, dass Soziale Medien zur Überbrückung geografischer Entfernungen ein zentrales Medium geworden sind. Ehrenamtliche hätten nur mithilfe digitaler Kommunikation die Möglichkeit, dauerhaft Teil grenzüberschreitender Netzwerke zu sein. Ob durch diese Senkung transnationaler Kommunikationskosten auch Potenziale für die Teilhabe der Unionsbürger an EU-Politiken freigelegt werden können, wurde exemplarisch ausgelotet.

Was für geografische Grenzen gilt, wurde auch mit Blick auf gesellschaftliche Grenzen konstatiert. *Andrecs* verwies auf die textlastige Kommunikation der Europäischen Kommission. Es gebe Bürger, die Interesse an europäischer Politik haben, sich aber nicht ausreichend informiert fühlen: Dies seien insbesondere Jüngere, Selbstständige und Einwohner ländlicher Regionen. Soziale Medien könnten hier mehr Bürger an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben



lassen, indem über die Sozialen Medien Informationen in audiovisuellen Formaten bereitgestellt werden.

Neben dem Potenzial zu höherer Inklusivität identifizierten die Diskutanten qualitative Unterschiede zu bestehenden Kanälen politischer Kommunikation. Kommunikation in Sozialen Medien sei potenziell immer bidirektional; Rezipienten könnten immer direkt antworten. Kommunikation werde so deutlich beschleunigt. Während Ersteres eine Chance für die Demokratie darstelle, wurde zugleich konstatiert, dass der Umgang mit neuen Medien neue Herausforderungen berge. Kommunikation in Sozialen Medien verlöre ihren Kontext, was leicht Missverständnisse erzeuge. Bürger wie Politiker sollten deshalb bereit sein, im Umgang mit neuen Medien zu lernen. Politiker müssten ein Gespür dafür entwickeln, wann es sich um einen Sturm im digitalen Wasserglas und wann um ernsthafte Anliegen handle.



V.l.n.r.: Minister Peter Friedrich, Moderator Arthur Landwehr, Euroblogger Ronny Patz

In diesem Sinne wurde als primäre Funktion Sozialer Medien jene als politisches Sensorium identifiziert. Politiker hätten die Aufgabe, alle Kanäle zu nutzen, um Stimmungen aus der Bevölkerung aufzunehmen. Die Rolle politischer Blogs betrachtend schrieb *Patz* diesen die Funktion der Agenda-Setzung zu. Blogs griffen nicht unbedingt Themen auf, die als Aufmacher geeignet sind,

sondern er als Euro-Blogger⁶ suche thematische „Perlen“, die sonst unbeachtet blieben. Gelegentlich griffen Journalisten als Teil der Expertenöffentlichkeit, an die er sich richte, solche „Perlen“ in der eigenen Berichterstattung auf.

Ob sich über Soziale Medien Entscheidungsprozesse organisieren lassen, sahen alle Diskutanten skeptisch. Es wurde darauf verwiesen, dass die Plattform „liquid democracy“ bereits innerhalb der Piraten-Partei an ihre Grenzen stoße, sodass sich die Frage der Übertragbarkeit auf innerstaatliche Entscheidungsprozesse noch nicht stelle. Ferner wurde thematisiert, dass Plattformen wie Youtube oder Facebook, derer sich die Mehrzahl der Nutzer bedienen, Unternehmen seien, in deren Händen demokratische Entscheidungsprozesse nicht gut aufgehoben seien. In Sozialen Medien würde Entertainment und nicht die inhaltliche Diskussion goutiert. *Patz* fasste den Zwischenstand pointiert in dem Wunsch zusammen, dass sich politische Kommunikation mittels Sozialer Medien nicht zu „liquid democracy, sondern [zu] listening democracy“ entwickle.

Auch wurden auf dem Podium der Bedeutungszuwachs Sozialer Medien und zunehmende Forderungen nach direkter politischer Teilhabe nicht als eine Infragestellung der Institutionen der repräsentativen Demokratie verstanden. Die Entscheidung durch Repräsentanten sei weiterhin gewünscht, aber der Entscheidungsprozess und damit Politik selbst verändere sich. Hierzu wurden in der Diskussion Beispiele angeführt, die drei grundlegende Wandlungsprozesse veranschaulichen:

Friedrich berichtete von seinen Erfahrungen aus Bürgersprechstunden. In der Vergangenheit verfügten Politiker über Fachwissen anhand dessen sie Anliegen der Bürger einordnen konnten. Dieser Informationsvorsprung sei verlorengegangen; Politiker besäßen in der Regel kein Herrschaftswissen mehr. Durch den erleichterten Zugang zu digitalen Informationen hätten die Bürger heute oft mehr Fachwissen als Politiker. Bürger seien Spezialisten ihrer Anliegen, Politiker zunehmend Generalisten. Deren Aufgabe sei es, Ausgleichsprozesse zwischen Spezialinteressen zu organisieren. Dies ginge mit einem Verlust der Kontrolle über die politische Agenda einher und die örtlichen Gliederungen der Parteien verlören ihre intermediäre Rolle zugunsten direkter Interaktion von Bürgern und Politikern.

Jüngstes Beispiel für den Kontrollverlust ist die Ablehnung des ACTA-Abkommens⁷ durch das Europäische Parlament, die maßgeblich durch die Mobilisierung von Opposition in Sozialen Medien befördert wurde. *Andrecs* sah die Herausforderung europäischer Politik durch diese Mobilisierung in der Widerle-

gung von Mythen über den Inhalt des Abkommens mithilfe gezielter Online-Kommunikation. *Patz* dagegen deutete die Mobilisierung gegen das Abkommen als eine erstmalige Politisierung europäischer Entscheidungsprozesse, auf die die Unionsinstitutionen nicht vorbereitet gewesen seien. *Friedrich* stimmte der Analyse einer mangelnden Politisierung auf Unionsebene durch das Fehlen des Gegensatzes von Regierungsmehrheit und Opposition zu, sah aber in den Diskussionen über den Verfassungsvertrag und die Dienstleistungsrichtlinie⁸ vergleichbare Beispiele.

Während in diesen beiden Beispielen neugewachsene Teilhabeerwartungen der Bürger zum Ausdruck kommen, zeigte *Czisch* am Beispiel der Debatten über das Projekt „citybahnhof ulm“, dass Politik sich auch der Sozialen Medien bedienen kann, um zur Partizipation zu motivieren. Zur Vorbereitung des Diskussions- und Entscheidungsprozesses sind die Planungsideen im Internet zugänglich gemacht worden.⁹ Zwar seien auch diese Informationen zuerst durch eine Fachöffentlichkeit diskutiert worden, aber die digitale Bereitstellung senke die Zugangsschwelle auch für fachfremde Bürger. In dem Projekt werden Online- und Offline-Kanäle direkt verknüpft mit dem Ziel, Bürger durch das Internet zur Teilnahme an lokalen Foren zu gewinnen. Das Internet fungiert als Eintrittstor zur politischen Teilhabe.

Die diskutierten Wandlungsprozesse zusammenfassend wurde die Nutzung Sozialer Medien selbst als Revolution charakterisiert. Von einer Revolution der etablierten politischen Institutionen könne dagegen nicht die Rede sein. Dennoch hätten Soziale Medien den Rahmen heutiger Politik verändert: Insbesondere die gesteigerten Partizipationserwartungen sowie der Anspruch, direkt mit den Politikern zu kommunizieren, seien zu unumkehrbaren Fakten geworden.

¹ Robert Andrecs, Referatsleiter, Referat für die Europa-Internetseite, Generaldirektion Kommunikation, Europäische Kommission, Brüssel.

² Gunter Czisch, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm und Direktor des Donaubüros Ulm/Neu-Ulm.

³ Peter Friedrich, MdL, Minister für Bundesrat, Europa und Internationale Angelegenheiten in Baden-Württemberg.

⁴ Ronny Patz, Euroblogger, Universität Potsdam.

⁵ Arthur Landwehr, SWR-Chefredakteur Hörfunk.

⁶ Vgl. <http://polscieu.ideasoneurope.eu/> und <http://www.bloggingportal.eu/> (letzter Zugriff: 13. Juli 2012).

⁷ Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4. Juli 2012 zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Handelsübereinkommens zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie, A7-0204/2012.

⁸ Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, in: Amtsblatt der EU, Nr. L 376 vom 27. Dezember 2006, S. 36-68.

⁹ Vgl. <http://www.citybahnhof.ulm.de/> (letzter Zugriff: 13. Juli 2012).



Erfolg und Potential von Liquid Democracy

von Alvar C. H. Freude

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für das Magazin Stern vom Juli 2012 sind zwei Drittel der Wahlberechtigten in Deutschland der Ansicht, dass die meisten Abgeordneten des Bundestages ihre Arbeit nicht engagiert und sachgerecht verrichten, 81% halten die Abgeordneten für überfordert.¹ Herfried Münkler, Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität in Berlin, hält gar ein „allmähliches Ende der parlamentarischen Demokratie“ für möglich.² Gerade die Euro-Krise und die „ständige Verkündung der Alternativlosigkeit von Entscheidungen“ schwäche die Demokratie in ihrer gegenwärtigen Form: Die Geschwindigkeit der Entscheidungen sei so hoch geworden, dass die parlamentarische Demokratie und die demokratische Willensbildung nicht mehr Schritt halten könnten, die Regierung gebe das Tempo vor und das Parlament werde zum bloßen Abnickverein degradiert. Um dieses Dilemma zu beseitigen, gebe es zwei Optionen: entweder die Entscheidungen verlangsamen oder die Demokratie beschleunigen.

Das miserable Ansehen der Volksvertreter geht mit dem Wunsch vieler Bürger einher, selbst stärker an Entscheidungen teilhaben zu können. Von daher verwundert es nicht, dass alternative Demokratie-Modelle auf reges Interesse stoßen. Ein solches Modell ist Liquid Democracy, aufgrund des zugrundeliegenden Wahlverfahrens auch Delegated Voting genannt. Es ist eine Form der gemeinsamen Entscheidungsfindung in Gruppen und politisch gesehen eine Mischung aus repräsentativer und direkter Demokratie: Wie bei der direkten Demokratie ist eine Mitbestimmung der Wahlberechtigten ein wichtiges Element von Liquid Democracy. Analog zur repräsentativen Demokratie ist es aber auch möglich, Entscheidungsgewalt auf andere zu delegieren. Dabei kann die Delegation für einzelne Abstimmungen, themenspezifisch oder global für alle zu behandelnden Themen erfolgen. Das dahinter stehende Prinzip ist letztendlich eine Erweiterung des Delegiertensystems, das Parteien für Parteitage entwickelt haben: Die Orts- oder Kreisverbände entsenden Delegierte zu themenspezifischen oder allgemeinen Parteitagen, bei denen die entsprechenden Abstimmungen stattfinden. Während es bisher kaum möglich war, dass jedes Parteimitglied bei einzelnen Themen mitdiskutieren und mitentscheiden kann, kommen mit dem In-

ternet viele Möglichkeiten hinzu. Durch die Digitalisierung und Vernetzung breiter Bevölkerungsschichten erscheint es nun möglich, das nie eingelöste Versprechen echter Basisdemokratie in die Parteien zu tragen.



Alvar C. H. Freude

Die Liquid-Democracy-Partei

Die Piratenpartei hat sich das Prinzip der Liquid Democracy auf die Fahnen geschrieben. Sie nutzt dazu auf Landes- und Bundesebene die Software Liquid-Feedback: Parteimitglieder können Anträge einreichen, umformulieren, alternative Vorschläge verfassen und letztendlich darüber abstimmen.³ Um unsinnige oder allein der Provokation dienende Anträge⁴ auszufiltern, muss jeder Vorschlag zur Behandlung eines Themas vor der abschließenden Diskussion und der finalen Abstimmung genügend Zustimmung sammeln.

Das zentrale Element von Liquid Democracy ist die Delegation der eigenen Stimme. Daher kann diese bei LiquidFeedback global, themenspezifisch oder für eine einzelne Abstimmung an andere Parteimitglieder delegiert werden. Diese wiederum können ihre eigene sowie alle auf sie delegierte Stimmen weiter

delegieren. Das Delegieren kann beliebig oft geschehen. Auf diese Weise muss nicht jeder Wähler an jeder einzelnen Abstimmung teilnehmen, sondern kann dieses Recht auf eine Person seines Vertrauens weitergeben. Dies hat in der Praxis zur Folge, dass einzelne wenige Personen sehr viele Stimmen auf sich vereinen. Treffen diese aber umstrittene Entscheidungen, kann die Anzahl der Delegationen sehr schnell zurückgehen. So hat der Bamberger Linguistikprofessor Martin Haase, aktives Mitglied der Piratenpartei und reger Nutzer von LiquidFeedback, aufgrund seines kritischen Abstimmungsverhaltens zum bedingungslosen Grundeinkommen viele Delegationen verloren und erst nach der Zustimmung zu einem geänderten Antrag wieder teilweise zurückgewonnen.⁵

Wie bei anderen Parteien entscheiden aber auch bei der Piratenpartei nicht die Teilnehmer in LiquidFeedback endgültig über Partei- und Wahlprogramme. Diese Entscheidungen werden auf Parteitagungen gefällt. Allerdings halten sich die Abstimmenden in der Regel an bereits im Vorfeld in LiquidFeedback abgestimmte Vorschläge, es gilt als schwer vermittelbar, gegen ein klares Meinungsbild zu stimmen.

Einige systembedingte Probleme lassen sich beim Einsatz in der Piratenpartei beobachten: Für verbindliche Abstimmungen ist eine Authentifizierung der Wahlberechtigten und Wähler nötig. Dies macht es schwer, Abstimmungen garantiert anonym durchzuführen. Zwar wäre dies durch den Einsatz kryptografischer Verfahren durchaus möglich, würde aber den Aufwand erhöhen und setzt beim Wähler ein relativ breites technisches Wissen voraus. Ein weiteres Problem ist die Machtkonzentration bei der Delegation, weshalb diese auch parteiintern umstritten ist: Da sich nur wenige der registrierten LiquidFeedback-Benutzer für einzelne Themenbereiche anmelden, liegt das Stimmgewicht bei wenigen besonders aktiven. Um Machtkonzentrationen zu verhindern, könnte daher die Delegation ganz abgeschafft oder durch Notwendigkeit der Erneuerung nach kurzer Zeit ergänzt werden. Nichtsdestotrotz erfordert Delegation immer auch die regelmäßige Kontrolle der Delegierenden.

Bürgerbeteiligung mit Liquid-Democracy-Werkzeugen im Deutschen Bundestag

Seit Mai 2010 tagt die Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft des Deutschen Bundestages. Sie ist ein aus je 17 Abgeordneten und externen Sachverständigen besetztes Gremium, das für den Bundestag Handlungsempfehlungen für die Gesetzgebung rund um Internet und digitale Gesellschaft ausarbeiten soll. Laut Einsetzungsbeschluss soll die Öffentlichkeit in besonderer

Weise beteiligt werden. Nach den Vorstellungen der Enquête sollen alle interessierten Bürger gemeinsam als ein „18. Sachverständiger“ mit einbezogen werden. Daher hat sich die Kommission nach langer Debatte entschieden, mit Adhocracy eine Liquid-Democracy-Software einzusetzen. Interessierte können unter <https://enquetebeteiligung.de/> eigene Vorschläge einbringen, Vorschläge anderer Nutzer kommentieren und darüber abstimmen. Das zentrale Element von Liquid Democracy wird dabei aber nicht eingesetzt: Die Möglichkeit der Delegation ist deaktiviert, um die Bedienung und den Einsatz für relativ wenig erfahrene Menschen zu erleichtern und Manipulationsmöglichkeiten zu reduzieren.

Nichtsdestotrotz kam insbesondere aus den Reihen konservativer Abgeordneter großer Widerstand. Einige befürchteten, dass durch zu viel Bürgerbeteiligung die parlamentarische Demokratie gefährdet wäre beziehungsweise ausgehebelt würde. Andere äußerten sich hinter vorgehaltener Hand dahingehend, dass sie für vier Jahre gewählt seien und in der Zeit ungestört ihre zuvor angekündigten Punkte abarbeiten wollten.

In der Zwischenzeit wird der Einsatz von Adhocracy von allen Seiten als Erfolg gewertet. Über 3000 Nutzer haben sich bis Anfang August 2012 beteiligt, über 450 Vorschläge und 2200 Kommentare formuliert sowie über 14000 Einzelabstimmungen durchgeführt. Die Beteiligung ist je nach Projektgruppe unterschiedlich, und die absoluten Zahlen hören sich relativ zur Gesamtbevölkerung niedrig an. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass die Themen teilweise sehr speziell sind. Als größte Herausforderung hat sich dabei die Information und Motivation der Nutzer herausgestellt: Wer nicht weiß, dass er sich beteiligen kann, beteiligt sich auch nicht. Daher steht und fällt jegliche Form von Bürgerbeteiligung mit der Information und Bekanntmachung der Beteiligungsmöglichkeit.

Die Enquête-Kommission produziert sehr viel Papier, die meisten Texte werden aber erst nach einer abgeschlossenen internen Beratung für die Allgemeinheit online gestellt. Dies hat sich als Hinderungsgrund für eine breitere Beteiligung in Adhocracy herausgestellt: Wenn die Nutzer der Beteiligungsplattform – also der 18. Sachverständige – nicht wissen, wie der Stand der Debatte in der Kommission ist, können sie nur schwerlich ihre eigene Meinung und Expertise einbringen. Wenn die einzelnen Projektgruppen der Kommission die eigenen Texte abgeschlossen haben, sind aber Änderungen und Ergänzungen durch den 18. Sachverständigen kaum noch möglich. Hinzu kommt der permanente Zeitdruck: Im geplanten Zeitraum von zwei Jahren bis zur Sommerpause 2012 wurden ge-

rade einmal zwei Drittel der Themenfelder abgeschlossen. Die Integration der Online-Beteiligung in die vorgesehenen Abläufe stellt also neben dem Abbau von Vorurteilen bei einzelnen Abgeordneten die größte Herausforderung dar.

Aller Hindernisse zum Trotz hat sich die Kommission mehrere Vorschläge in den Handlungsempfehlungen zu eigen gemacht. Teilweise haben die Projektgruppen alle eingereichten Vorschläge in ihrem Zwischenbericht erwähnt.

Einsatz in anderen Parteien

Der insgesamt erfolgreiche Einsatz von Adhocracy in der Internet-Enquête hat dafür gesorgt, dass dieses Werkzeug auch in Parteien beziehungsweise Fraktionen zum Einsatz kommt. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt derzeit (Sommer 2012) die Software im Rahmen ihres „Zukunftsdialogs“ ein.⁶ Dabei ist die Nutzung nicht nur auf Parteimitglieder beschränkt, sondern jeder Internet-Nutzer kann teilnehmen. Im Herbst 2011 setzte die SPD Adhocracy zur Erstellung eines netzpolitischen Antrags zum Bundesparteitag ein. 600 Internet-Nutzer beteiligten sich an der Erstellung des Antrages,⁷ der mit großer Mehrheit auf dem Parteitag im Dezember 2011 beschlossen wurde.

Ausblick

Herfried Münkler spricht von drei Voraussetzungen, die für die parlamentarische Demokratie relevant sind:

- Die politischen Institutionen müssen in der Lage sein, die Entscheidungsprozesse ihrer eigenen Rhythmik gemäß zu gestalten. Sie müssen also entschleunigt und dem Tempo des Parlaments angepasst werden, damit die Regierung sie nicht überrennt.
- Die zur Entscheidung anstehenden Probleme müssen zu alternativen Antworten zugespitzt werden. Nur bei der Vermeidung von Alternativlosigkeit kann sich das Volk bei der Wahl zwischen den einzelnen Möglichkeiten entscheiden.
- Die Wahlberechtigten müssen diese Alternativen verstehen und beurteilen können. Es muss klar sein, welche Konsequenzen eine Entscheidung hat. Essentiell ist hierzu ein ausreichendes Bildungsniveau, um die Auswirkungen abschätzen zu können.

Die erste Voraussetzung kann anstatt durch Entschleunigung des Entscheidungsprozesses auch durch eine Beschleunigung der Kontroll- und Mitwirkungsvorgänge erfüllt werden. Dies kann, ebenso wie die Erzeugung von Alternativen, beispielsweise mit Mitteln der Liquid Democracy erreicht werden. Aber können sowohl Wähler als auch Politiker in immer kürzerer Zeit die Alternativen verstehen? Jochen Bittner fragte daher in der ZEIT, wie viel Tempo die Demokratie verträgt, ohne Schaden zu nehmen:⁸

„Wie sehr kann Politik an Tempo zulegen, ohne sich selbst zu beschädigen? Demokratie ist nicht für Hochgeschwindigkeit geschaffen, im Gegenteil, sie setzt Diskurse und Abwägungen voraus. Je komplexer die Themen werden, desto mehr Zeit müssten sich Politiker nehmen. Tatsächlich geschieht das Gegenteil. Ist die gute Staatsführung also akut gefährdet – durch einen Mangel an Nachdenklichkeit, zu wenig Ruhepausen?“

Es erscheint unmöglich, durch eine immer stärkere Beschleunigung die Qualität politischer Entscheidungen hoch zu halten. Ausführliche Diskussionen brauchen Zeit. Und je mehr Themen und Anträge zu diskutieren sind, desto mehr Zeit ist nötig. Die Anwendung von Liquid Democracy oder Teilen davon in den Parteien zeigt aber auch, dass die gemeinsame inhaltliche Diskussion angestoßen werden kann.

Zwar hält, wie eingangs erwähnt, die Mehrheit der Wahlberechtigten offenbar nicht viel von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dennoch sind 84% der Ansicht, dass es kein besseres politisches System als das deutsche gibt.⁹ Liquid Democracy kann und wird die repräsentative Demokratie mittelfristig nicht ersetzen. Einzelne Elemente können sie aber ergänzen. Für den Diskurs innerhalb von Parteien oder vergleichbaren geschlossenen Gruppen sind die Modelle sehr gut geeignet, im Rahmen der Bürgerbeteiligung können so Impulse an die Parlamente herangetragen werden.

Im europäischen Kontext wäre es mit mehr Bürgerbeteiligung – und mit Elementen von Liquid Democracy – möglich, die Bürger für die Themen des EU-Parlaments zu interessieren und Impulse von der Bevölkerung aufzunehmen. Denn für viele Menschen ist Brüssel eine Art Black-Box: Was dort geschieht, wie Entscheidungen zustande kommen, welche Themen welche Gewichtung erfahren, bleibt oft unsichtbar oder schwer durchschaubar. Eine stärkere Einbeziehung der Bürger könnte dieses Gefühl vermindern.

¹ Forsa-Umfrage für den Stern vom 11. und 12. Juli 2012, veröffentlicht im Stern 30/2012, Seite 28.

² Herfried Münkler: Die rasenden Politiker – Vom absehbaren Ende der parlamentarischen Demokratie; in: DER SPIEGEL 29/2012, Seite 100f.

³ Die LiquidFeedback-Instanz der Bundespartei ist öffentlich einsehbar unter <https://lqfb.piratenpartei.de/>.

⁴ Ein Beispiel findet sich unter <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3447.html>.

⁵ Siehe: Sven Becker: Digitale Eminenz; in: DER SPIEGEL 9/2012, Seite 32f; Vgl. auch Sebastian Jabbusch: Liquid Democracy in der Piratenpartei, Seite 79, online verfügbar unter <http://www.sebastianjabbusch.de/wp-content/uploads/2011/10/Liquid-Democracy-in-der-Piratenpartei-Eine-Neue-Chance-fur-die-innerparteiliche-Demokratie-im-21-Jahrhundert-By-Sebastian-Jabbusch.pdf>.

⁶ Siehe <https://zukunftsdialog.spdfraktion.de/>.

⁷ Siehe <http://www.heise.de/newsticker/meldung/SPD-will-Bandbreite-fuer-alle-und-die-Netzneutralitaet-sichern-1390377.html>.

⁸ Jochen Bittner: Zeit ist Macht; in: DIE ZEIT, 26.7.2012 Nr. 31; auch online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2012/31/Beschleunigung/komplettansicht>.

⁹ Forsa-Umfrage für den Stern vom 19. und 29. Juli 2012, veröffentlicht im Stern 31/2012, Seite 57.

Webbasierte Netzwerkstrukturen – Herausforderung für die repräsentative Demokratie?

von Dr. Annegret Eppler und Dr. Henrik Scheller

Einleitung

Die repräsentative Demokratie befindet sich in einem Transformationsprozess. Die damit verbundenen Herausforderungen werden durch die neuen kollaborativen und partizipativen Beteiligungsformen, die das Internet bietet, noch verstärkt. Die tradierten Institutionen der repräsentativen Demokratie haben eine Verantwortung bezüglich der Öffnung der eigenen Verfahren für Diskussionen im Netz sowie webbasierte Partizipations- und Kollaborationstools, um (politische) Meinungen und Wissen aus dem Internet in die parlamentarische Arbeit zu integrieren, in den Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zu treten und so Paralleldiskurse zu vermeiden. So lässt sich Politik auf eine neue Legitimationsgrundlage stellen.

Transformationsprozess der repräsentativen Demokratie

Der Begriff der „Demokratie“ ist in der Tradition des politischen Denkens immer wieder neu beleuchtet worden.¹ Die „Herrschaft des Volkes“, die sich begrifflich aus der Übersetzung der griechischen Wörter „demos“ und „kratia“ ableiten lässt, kann direkt oder – wie in repräsentativen Demokratien – durch gewählte Volksvertreter ausgeübt werden. Viele demokratische Ordnungen sind Mischformen und weisen sowohl repräsentative als auch direktdemokratische Elemente auf.

Demokratie wurde in der Vergangenheit in der Regel mit dem Nationalstaat gleich gesetzt: „Hier wird der Mensch zum Bürger und das Volk zum Souverän.“² Ein wesentliches Element des demokratischen Verfassungsstaates ist das Staatsvolk, das in Selbstherrschaft politische Entscheidungen trifft, die ihre Bindungswirkung im jeweiligen Staatsgebiet entfalten und gegebenenfalls auch mit legitimer Staatsgewalt durchgesetzt werden dürfen.³ Dieser territoriale Bezugsrahmen verändert sich nicht nur durch die fortschreitende wirtschaftliche Globalisierung und transnationale Herausforderungen, wie Klimawandel und



Energieknappheit oder grenzüberschreitenden Terrorismus. Auch durch die Individualisierung der Gesellschaft und das Entstehen multikultureller Gesellschaften verändert sich der Souverän in seiner Gesamtheit.

Vor diesem Hintergrund ist die Postparlamentarismus-These entwickelt worden, die vor allem die Parlamente als Träger der repräsentativen Demokratie vor besondere Herausforderungen gestellt sieht.⁴ Politikspezifische, teils supranationale oder globale Netzwerke, in denen staatliche und nichtstaatliche Akteure meist jenseits formaler Hierarchien an der Politikgestaltung mitwirken, stellen die etablierten Entscheidungsfindungsverfahren in Frage. Die zunehmende Komplexität sachpolitischer Entscheidungen lässt die Parlamente zudem oft an administrative Kapazitätsgrenzen stoßen. Zugleich lässt sich eine generelle "Politikverdrossenheit" konstatieren, die auch mit Veränderungen in den Parteiensystemen einhergeht.



Weiterführende Literatur des A.E.I. zur Funktion von Parlamenten im EU-System unter Mitherausgeberschaft von Dr. Annegret Eppler

Webbasierte Netzwerkstrukturen als Raum politischer Diskussion

Seit gut zehn Jahren lassen sich Entwicklungen im Internet beobachten, die die gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Globalisierungs- und Individualisierungsphänomene maßgeblich beschleunigen. Das Internet und

das World Wide Web (WWW) als seine gebräuchlichste Anwendung sind dabei zum Leitmedium der digitalen Kommunikationsgesellschaft avanciert. Die globale und weitgehend privatwirtschaftlich betriebene Infrastruktur des Internets ist der Grund, warum das Netz im steuerungstheoretischen Sinn nicht regulierbar ist. Da zudem prinzipiell ein freier individueller Zugang zum Netz besteht, sind Staat, Parlamente und politische Akteure bei der Nutzung des Internets und seiner verschiedenen Anwendungen nicht einmal mehr „primus inter pares“. Die gigantische Netzwerkstruktur des Internets funktioniert somit weitgehend hierarchiefrei. Ein monopolartiges Herrschaftswissen existiert nicht mehr und auch die kommunikative Agenda kann noch weniger als zuvor allein von der Politik bestimmt werden. Sowohl technisch als auch inhaltlich beruht das Internet auf dem Prinzip der Vernetzung. Das Internet überwindet tradierte Raum-Zeit-Grenzen und entwickelt durch die permanente Interaktion der Akteure eine ungeheure Dynamik. Charakteristisch ist dabei das dialogische Prinzip. Themenkonjunkturen im Netz entstehen durch „kreisende Erregungen“ und „Aufschaukelungseffekte“ über die individuellen Netzwerke. Auf diese Weise können auch die politischen Akteure unter Handlungszwang gesetzt werden.

Zu den inzwischen weltweit am meisten genutzten Anwendungen des World Wide Web zählen sogenannte Social-Media-Plattformen, wie Facebook, Twitter, Google+, StudiVZ, YouTube etc. Diese Anwendungen sind auf individuelle Vernetzung und Kommunikation ausgerichtet. Durch die Interaktivität und den beständigen Informationsaustausch, den diese Plattformen ermöglichen, entsteht ein Kontinuum wechselseitiger Beeinflussung. Dadurch kommt es zu einer Auflösung starrer Sender-Empfänger-Konfigurationen und zu gänzlich neuen Akteursbeziehungen. Auch tradierte Kommunikationshierarchien werden auf diese Weise relativiert. Zwischen politischen Akteuren und Bürgerinnen und Bürgern kommt es so zunehmend zu einem Dialog auf Augenhöhe. Auch die Entzeitlichung und Enträumlichung der Kommunikation verändern die bestehenden Akteursnetzwerke. Denn letztlich ist jederzeit eine zeitgleiche Echtzeitkommunikation rund um den Globus möglich (Synchronizität). Durch Vernetzung entstehen mithin virtuelle Räume, die erste Ansätze zu einem globalen Diskursraum erkennen lassen.

Parlamente und ihr Umgang mit dem Internet als politischem Raum

Die Entwicklungen des Internets tangieren sämtliche Problembereiche, die auch im Postparlamentarismuskurs identifiziert worden sind. Zu den nicht-hierarchischen Netzwerken zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die bereits in der realen Welt bestehen, treten neue, webbasierte Diskussions-



räume, die die Kommunikation zwischen den Akteuren weiter vereinfachen, vervielfachen und beschleunigen. Die Komplexität sachpolitischer Entscheidungen korrespondiert mit der Verfügbarkeit einer exponentiell wachsenden Zahl an Informationen im Netz. Die Individualisierung und Heterogenität von Bevölkerungen führen zum Nachlassen fester Parteibindungen. Dies deckt sich mit den punktuellen und stark individualisierten, von Raum und Zeit unabhängigen Kommunikationsstrukturen im Internet, die auch den Austausch über politische Themen ermöglichen.



Dr. Henrik Scheller

Wenn sich demokratische Willensbildungsprozesse zunehmend ins Internet verlagern, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis und der Kompatibilität mit den herkömmlichen Institutionen und Verfahren der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Zumindest in der gegenwärtigen Transformationsphase kann den Meinungsbildungsprozessen im Netz noch keine hinreichende Repräsentativität und demokratische Legitimität attestiert werden. Demokratische Gleichheit, die durch das Prinzip „One man, one vote“ verwirklicht wird, kann deshalb auch auf absehbare Zeit nur durch die tradierten Institutionen der repräsentativen Demokratie gewährleistet werden.

Vor diesem Hintergrund steht die Politik vor der Frage, wie das Internet als Kommunikationsraum zur Belebung der repräsentativen Demokratie genutzt werden kann. Mit Blick vor allem auf Social-Media-Anwendungen besteht eine Möglichkeit darin, diese lediglich als weitere PR-Kanäle zu verstehen, um in tra-

dierter Weise und nach dem bekannten Sender-Empfänger-Modell top-down zu kommunizieren. Nachhaltiger erscheint jedoch, die Dialog- und Vernetzungsmöglichkeiten von Social Media zu nutzen. Das Internet könnte sich auf diese Weise zu einem Raum für den direkten Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickeln. Das Internet kann auch eine Möglichkeit darstellen, um Sachverstand zu akquirieren. So sollte das dialogische Potential des Netzes genutzt werden, um den Sachverstand der „Schwarmintelligenz“ punktuell mit in die parlamentarische Arbeit einfließen zu lassen.

Fazit und Ausblick

Der demokratische Verfassungsstaat unterliegt aufgrund der sich dynamisch fortentwickelnden und hochgradig vernetzten Globalisierungs- und Individualisierungsphänomene einem beständigen Wandel. Parlamente als Organe der repräsentativen Demokratie unterliegen bereits seit längerem einer Transformation. Mit diesen Herausforderungen korreliert die Herausbildung des Internets als politischer Raum. Politische Willensbildungsprozesse im Internet werden jedoch auch auf absehbare Zeit nicht die tradierten Institutionen der repräsentativen Demokratie ersetzen. Um weiterhin demokratische Legitimation gewährleisten zu können, sollten Parlamente ihre Kommunikation stärken. Hier können Diskussionen im Internet eine ganz neue Bedeutung erlangen. Auf Seiten der politischen Akteure bedarf es dazu allerdings einer Bewusstseins-schärfung für das System „kommunizierender Netzwerke“, durch die das Netz geprägt wird.

Um ein wirklich funktionsfähiges System der „kommunizierenden Arenen“ zu etablieren, das die Diskurse im World Wide Web mit den tradierten institutionellen Entscheidungsverfahren der repräsentativen Demokratie verknüpft, hat die Politik eine besondere Verantwortung: Sie muss sich selber in die Netze begeben und Teil der dortigen Diskurse werden, um dann als Resonanzboden und Verstärker in den politischen Raum der etablierten Institutionen zu wirken. Diese neuen Formen der „konsultativen Repräsentation“ können auch mittelfristig nur als ergänzende Elemente zur repräsentativen Demokratie verstanden werden.

¹ Für einen Überblick über verschiedene Demokratietheorien vgl. **Schmidt**, Manfred G.: *Demokratietheorien*. Eine Einführung, 3. Aufl., Wiesbaden, 2010.

² **Jesse**, Eckhard/**Sturm**, Roland: Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, in: Jesse, Eckhard/**Sturm**, Roland (Hg.): *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Opladen, 2003, 477-492, hier S. 477.

³ Vgl. den Staatsbegriff bei **Jellinek**, Georg: *Allgemeine Staatslehre*, 3. Aufl., Berlin, 1922.

⁴ Weitere Nachweise bei **Marschall**, Stefan: *Parlamentarismus. Eine Einführung*, Baden-Baden, 2005, 251ff.

Die Welt des Web 2.0: Innovationen für die formale und non-formale europapolitische Bildung? – Tools, Nutzarmachung, Erfahrungen

von Karsten Lucke und Anselm Sellen

Außerschulische europapolitische Jugendbildung „think europe“ im Europa-Haus Marienberg – eine Synthese aus politischer Bildung und Nutzung von Social Media

Ein wichtiger Schritt in Richtung aktive (europäische) politische Partizipation ist getan, wenn das Interesse von Jugendlichen geweckt ist. Für europäische Themen zu begeistern, ist dabei nicht immer ganz einfach. Europa und seine Politik spielen in der Lebenswelt junger Menschen eine eher untergeordnete Rolle. Politische Bildungseinrichtungen stehen vor der Herausforderung, innovative und attraktive Programme aufzulegen. Das Europa-Haus Marienberg setzt bei seiner Bildungsarbeit seit 2010 auf netzbasierte Dienste und digitale Lerninstrumente.



Seminargruppe, europapolitische Jugendbildung

Das Europa-Haus Marienberg ist die älteste europäische Bildungsstätte und Stammhaus von rund 130 Europa-Häusern und setzt heute unter dem Markenkern „think europe“ Grundlagenarbeit in der europäischen Bildung in Kombination mit den Tools der Social Media um.

Paper Slip Movies statt Posterpräsentation – Digitale Tools in der Bildungsarbeit

Das think europe Team greift mittlerweile in allen Projektphasen auf Online-Plattformen und digitale Tools zurück – Seminarplanung, Seminarevaluation, Präsentationstools, Web-Applikationen etc.

Vernetztes Denken und kollaborative Arbeit beginnen schon in der Vorbereitung. Die jeweiligen Projektteams erarbeiten Programmeinheiten zusammen online. Dabei werden mit Etherpad und Google Docs nervige und am Ende kaum noch nachvollziehbare Projektabsprachen per Email umgangen.

Für nahezu alle Projekte setzen wir einen Projekt-Blog auf, der schon vor Seminarbeginn zur Kontaktaufnahme mit den Teilnehmenden dient. Hier können sich diese bereits im Vorfeld der Projekte sehen. Außerdem können sie lesen und Ideen austauschen. Ein Projektblog ist immer der digitale Nukleus von think europe Bildungsveranstaltungen. Hier laufen alle digitalen Fäden zusammen. Alle Seminarergebnisse (Filme, Slideshows, Screenshots, Screencasts, Theaterstücke, Tanzperformances, Bilder, Evaluationsergebnisse etc.) werden in das Blog eingebunden und verschmelzen so zu einem großen „Gesamtkunstwerk“. Die Tatsache, dass die Arbeitsergebnisse nicht mehr länger für sich stehen, sondern auf einem Blog zu einem großen Ganzen werden, fördert die Identifikation der Teilnehmenden mit ihrem eigenen politischen Bildungsprojekt. Die potentielle (Netz-) Öffentlichkeit wirkt dabei zusätzlich als Verpflichtung zur sorgfältigen Ausarbeitung und zu maximalem kreativen In- und Output.



Geocaching

Auch bei der Durchführung und inhaltlichen Auseinandersetzung sind netzbasierte Dienste unabdingbare Helfer geworden.

Geht es um die Recherche und Vermittlung von EU-bezogenen Informationen, legen wir den Jugendlichen digitale Bookmarking-Dienste wie Diigo ans Herz. Auch die Teilnehmenden selbst halten Informationen mithilfe von webbasierten Editoren fest. Arbeitsergebnisse stellen

die Seminarteilnehmenden nicht mehr am Flipchart oder auf Meterplanwänden vor, sondern sie fertigen sie mithilfe von Prezi oder Animoto an, dies sind Online-Dienste für die Erstellung dynamischer und interaktiver Präsentationen. Für die Evaluationseinheiten haben sich Plattformen wie SoundCloud empfohlen. Leicht zu erstellende Podcasts sichern das Feedback der Teilnehmenden, die direkt im Anschluss online gestellt und damit für Öffentlichkeit und Fördergeber zugänglich gemacht werden.

Die Öffnung der vier Seminarwände hinein in ein soziales Mitmachnetz bringt eine Reihe von Herausforderungen mit sich. Eine besondere Herausforderung

stellt die online gestellte Kritik von Seminarteilnehmenden dar. Politische Bildungsprojekte im Netz sollen ganz bewusst für ein Mehr an Transparenz sorgen. Die Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, ihre Ideen und Erfahrungen zu verbreiten, und so über die räumlichen und zeitlichen Seminargrenzen hinweg für Diskussion und Beteiligung sorgen. Dabei bleibt es nicht aus, dass kritische, mitunter auch unliebsame, Stimmen im Netz laut werden. Wir haben uns dazu entschieden, das ungefilterte Maximum an Feedback und Kritik aller Teilnehmenden dankbar anzunehmen und als Chance zu begreifen.

Zusammenspiel von analoger und digitaler Welt

Think Europe Projekte verfolgen einen ganz klassischen Ansatz der politischen Bildung: Den Ansatz der Partizipation von Jugendlichen. Wissen über die Europäische Union und politische Themenbereiche nachhaltig zu vermitteln und Partizipationsbereitschaft zu erzeugen, ist aber nicht immer einfach. Sämtliche Tools und Methoden des Web 2.0 helfen, das Thema attraktiver zu machen. Die Ziele bleiben gegenüber den traditionellen Bildungsprojekten die gleichen: über Europa informieren und für politische Themen zu sensibilisieren. Es macht jedoch einen deutlichen Unterschied, ob man Jugendliche mit einem Stift vor ein weißes Blatt Papier setzt oder sie mit Videokamera vor die Tür schickt. Die Möglichkeit, politische Entscheidungsträger (z.B. via Twitter) direkt mit der eigenen Meinung zu konfrontieren, ist neuartig und fasziniert Jugendliche. Die vielfach gehörte und für Jugendliche meist abstrakte Postulierung „geht wählen, denn wählen ist wichtig!“ wird im Web 2.0 durch das Versprechen ergänzt, dass hier die Stimmen von jungen Menschen nicht nur gehört werden, sondern auch Verbreitung finden. Ernsthafte, kreative und intensive Auseinandersetzung mit politischen Themen und Problemstellungen kann durch das Social Web direkt zu denen transportiert werden, die am Ende zu diesen Themen Entscheidungen fällen. Diese Form der Beteiligung empfinden sowohl Seminarleiter als auch die Teilnehmenden als faszinierend und ermutigend. Eine Diskussion über Twitter mit Martin Schulz (Präsident des Europäischen Parlamentes) ist eine Chance, auf die viele vergebens warten. Im Netz wurden diese und ähnliche Diskussionen bereits geführt.

Deswegen versteckt das think Europe Team präparierte USB-Sticks in Hausmauern und schickt die Seminarteilnehmenden mit GPS-Geräten auf eine Schnitzeljagd durch Köln: Edu- und Deaddrop-Caching – Lernen mit geobasierten Daten, kombiniert mit Bewegung und auch ein bisschen Wettbewerbscharakter. An anderer Stelle werden digitale Dienste in langerprobte Methoden ein-



gebunden. Außerdem wird etwa Twitter als Kommunikationsplattform bei Planspielen zur Zukunft Europas (VSE – Vereinigte Staaten von Europa) genutzt. Beim Projekt „Digital Storytelling“ dienten sogenannte Knickspiele als Inspiration für die Entwicklung einer kollaborativen digitalen Fabel, die üblicherweise mit einem Blatt Papier und „offline“ gespielt wird. Durch die Verwischung von digitalen und analogen Grenzen bekommen Jugendliche genau den Zugang zu politischen Themen, der ihrer Lebenswirklichkeit entspricht.

Transparenz und Kritikfähigkeit

Die Implementierung der Social Media in die außerschulische europapolitische Jugendbildung ist bewusst prozesshaft angelegt. Daher kann es vorkommen, dass auch negative Erfahrungen nicht ausbleiben. Nicht jeder digitale Dienst wird von den Jugendlichen angenommen, nicht jeder digitale Dienst eignet sich für jedes Bildungsprojekt. Auch muss man sich, stellt man Kommunikationskanäle bereit, mit kritischen Rückmeldungen auseinandersetzen und sei es nur die Kritik Einzelner am Mittagessen via Facebook. Feedback und Evaluation sind feste Bestandteile non-formaler Bildung, daher ermutigt das think europe Team die Jugendlichen, sich ehrlich zu äußern, auch auf den öffentlichen Plattformen des Europa-Hauses. Die Einstellung dazu ist pragmatisch: „Die Diskussion findet besser mit uns statt als ohne uns“.

Vorbildcharakter bekam dieser Ansatz 2011 von der Bundeszentrale für politische Bildung attestiert. Das Europa-Haus-Seminar „Europa digital – Europa 2.0: Facebook, Twitter & Co – Partizipation und bürgerschaftliches Engagement im digitalen Europa des 21. Jahrhunderts“ wurde mit dem Prädikat „Good Practice – Beispielhafte Jugendbildung“ ausgezeichnet.¹

Modellprojekt „Weg mit der Krise – Wir sind Europa 2.0“ der Gesellschaft der Europäischen Akademien²

Die europapolitische Bildung hat mit der Aufarbeitung der derzeitigen Staatsschuldenkrise einzelner EU-Mitgliedstaaten eine große Aufgabe vor sich. Ein äußerst komplexer finanz- und wirtschaftspolitischer Themenkomplex muss verständlich gemacht und breit in der Bevölkerung multipliziert werden. Vor allen Dingen die junge Generation muss auf diesem Weg mitgenommen werden, wenn das Europa von Morgen nachhaltig bürgernah gestaltet werden soll.

Die Gesellschaft der Europäischen Akademien, der Dachverband der Europäischen Akademien und Europa-Häuser in Deutschland, hat sich dieser Aufgabe



angenommen und als Verband ein modellhaftes Projekt entwickelt. Das Projekt, welches mit besonderer Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung realisiert werden wird (Umsetzung im September 2012), zeichnet sich durch die symbiotische Beschäftigung mit der Eurofinanzkrise und den Social Media aus. Schon die Vorbereitung des Projektes wurde kollaborativ online organisiert. So sind die Projektkonzeption wie auch die Antragsstellung via Etherpad, Google Docs und mixxt-Plattform umgesetzt worden. Im Projektverbund haben sich mehrere Europa-Häuser und Europäische Akademien engagiert, die über das gesamte Bundesgebiet verteilt sind. Zentrales Merkmal des Projektes ist, dass es ein Seminar an zwei Orten zeitlich parallel geben wird. Die beiden Seminare werden dabei nicht losgelöst voneinander agieren. Die Vernetzung und das gemeinsame Arbeiten trotz getrennter Lokalität sind Idee und Geist des Projektes. Der Klebstoff, der beide Seminare inhaltlich und personell verbinden wird, sind die Social Media. Mit Hilfe dieser Tools und Netzwerke werden die Teilnehmergruppen an beiden Orten gemeinsam arbeiten, kooperieren und Ergebnisse produzieren. Der Aufbau von europäischer Partizipation, vor allen Dingen über das Internet und die Tools der Social Media, ist ein zentrales Projektziel. Inhaltliche und methodische Begründung stellen sich folgendermaßen dar:

Die durch die Finanzkrise 2007/2008 forcierten massiven Schuldenprobleme einiger Staaten der Eurozone gefährden nicht nur den Euro als Währung, sondern möglicherweise das Projekt der europäischen Einigung als solches.

Die deutsche Bundeskanzlerin formuliert es in Begründungen und Erklärungen für finanzielle Hilfspakete seit Monaten so: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“. Dieser überspitzt formulierten These muss man nicht folgen, jedoch ist es nicht von der Hand zu weisen, dass vor allem die scheinbar nicht enden wollenden griechischen Finanz- und Wirtschaftsnöte die Solidarität in Europa strapazieren und an ihre Grenzen bringen.

Wie auch immer sich die Krise weiterentwickelt: Sie wird die europäischen Bürger/innen und Regierungen die nächsten Dekaden weiter beschäftigen. Möglicherweise steht die Europäische Union vor einem tiefgreifenden Wandlungsprozess, entweder hin zu einer stärker vernetzten „Fiskalunion“ auf europäischer Ebene oder sie steht vor einem tatsächlichen Auseinanderdriften der Staaten. Vertiefung oder Bruch oder beides – alle Szenarien sind denkbar.

Die „Eurokrise“ ist somit mehr als eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Wie man an den Diskussionen über die demokratische Legitimation der Hilfspakete deutlich sehen kann, ist die politische Dimension der derzeitigen Vorgänge evident. Die Bürgerinnen und Bürger müssen über Vorgänge auf den Finanzmärkten,

Ursachen und Folgen der Währungskrise sowie über Implikationen der Krisen für Demokratie und Gesellschaft aufgeklärt und aktiviert werden. Ansonsten könnte die derzeit spürbare Frustration der Europäer eine Gefährdung für das gesellschaftliche System der Europäischen Union an sich darstellen.

Gerade die Generation Jugendlicher, die mit der Krise aufwachsen, sollen daher in den Fokus rücken: Dabei geht es dem Projekt nicht nur darum, komplizierte wirtschaftliche Zusammenhänge – noch dazu im globalen Zusammenhang – zu vermitteln. Vielmehr geht es darum, auch diejenigen an den Entscheidungen zu beteiligen, die in besonderem Maße davon betroffen sein werden, ob und wie eine Lösung der Krise gelingt.

Bei der Programmgestaltung war daher besonders wichtig, ein Höchstmaß an Teilnehmeraktivität zu erreichen. Daher werden den Teilnehmenden während des Seminars verschiedene Möglichkeiten angeboten, sich bewusst zu entscheiden, zu welchen Fragestellungen und mit welchen Mitteln sie vertiefend arbeiten wollen. Für den inhaltlichen Input sind nach heutigem Stand folgende Themenschwerpunkte vorgesehen:

Modul 1: „Was ist Geld und warum Griechenland?“

Modul 2: „Erfolgsstory gemeinsames Geld? – Was der Euro wirklich bringt“

Modul 3: „Wie viel Solidarität braucht Europa?“

Modul 4: „Geld regiert die Welt – Die Ursachen der Krise“

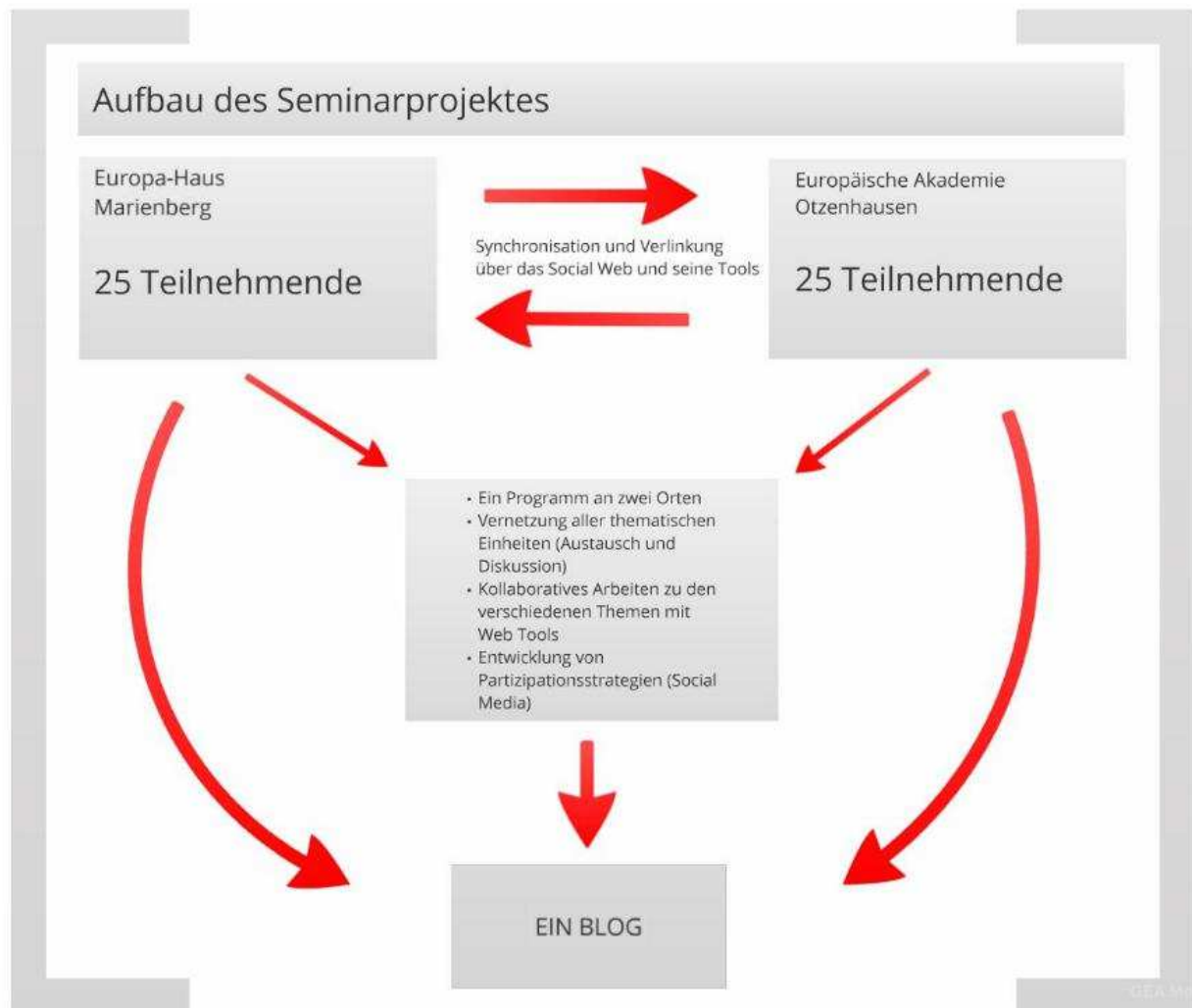
Unabhängig von den zentralen Tools des Web 2.0, die in den Seminaren thematisiert und aktiv eingesetzt werden, spielen die Social Networks eine große Rolle. Via Twitter, Facebook, Google+ werden Erfahrungen, Seminarergebnisse und individuelle Eindrücke multipliziert und zwischen den Seminarorten ausgetauscht. So werden diese sozialen Netzwerke das „digitale Pattex“ zwischen den Gruppen sein (Twitterwall, Livestreams, vernetztes Denken etc). Auch die Evaluationen sind fester Bestandteil dieser Herangehensweise. Das Projektblog ist in der Vorbereitung, während der konkreten Projektumsetzung und auch im Nachklang der beiden Seminare das zentrale Tool und die Anlaufstelle. Alle Informationen, projektrelevanten Ergebnisse und Teilschritte werden unter www.wirsindeuropa.org dokumentiert. Das Blog lädt dabei bewusst zur Vernetzung über die Seminare und zum Mitdiskutieren, Kritisieren und zur Begleitung von nicht unmittelbar beteiligten Personen ein. Das Gesamtprojekt wird mit Hilfe dieser Social Media Tools umgesetzt:

- Wordpress-Blog
- Etherpad
- Facebook



- Flickr
- Livestreams
- Popplets / Prezi / Animoto (Präsentationstools)
- Soundcloud für Audioproduktionen
- Twitter
- Youtube

Schematische Darstellung der Projektkonstruktion:



GEA-Modellprojekt

¹ Links:

Europa-Haus Marienberg (www.europa-haus-marienberg.eu)

Think europe Blog (<http://thinkeurope.net>)

Europa-Haus Bad Marienberg auf Facebook (<http://www.facebook.com/thinkeurope>)

Think europe auf Twitter (<https://twitter.com/#!/thinkeurope>).

² Folgende Einrichtungen sind neben dem Dachverband beteiligt: Europäische Akademie Bayern, Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen, Europäische Akademie Otzenhausen, Europa-Haus Marienberg, Europa Zentrum Baden-Württemberg.

Autorenverzeichnis

Andrecs, Robert, M.P.M., seit 2011 Leiter des Referats „Europa Site“, Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission und damit zuständig für den Auftritt der Kommission im Internet und sozialen Netzwerken. Eintritt in die Europäische Kommission im Jahr 2003 mit Zuständigkeit für die interne und externe Kommunikation der Generaldirektion für Steuern und Zollunion. Davor Wirtschaftskammer Österreich. Studium der Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien und Executive Master in Public Management an der Solvay Business School in Brüssel.

Eppler, Dr. Annegret, Ass. iur., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Erler, Gisela, M.A., seit 2011 Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Landesregierung Baden-Württemberg; Gründerin der pme Familienservice GmbH, Berlin, von 1992 – 2008 dessen Geschäftsführerin; seit 2006 Leiterin der Serviceagentur im Aktionsprogramm der Mehrgenerationenhäuser; 2000 – 2006 Programmdirektorin der Konferenz "Work-Life und Diversity"; zuvor wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugendinstitut, München; Familienforscherin, Autorin (u. a. Mitherausgeberin des Muttermanifestes 1987).

Freude, Alvar C. H., Dipl.-Des. (FH), ist Diplom-Kommunikations-Designer, freiberuflicher Software-Entwickler, Autor, Berater und Trainer, Kuratoriumsmitglied beim Liquid democracy e.V., als Sachverständiger Mitglied in der Enquête-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* des Deutschen Bundestags, im Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur (AK Zensur) engagiert für ein offenes und freies Internet.

Lucke, Karsten, M.A., ist Studienleiter und Mitglied des Leitungsteams im Europa-Haus Marienberg. Studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Coventry University (UK). Qualifizierung als "Management Trainee" bei der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW). Zeitweise tätig bei der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein.



Müller-Török, Prof. Dr. Robert, nach dem Studium der Volkswirtschaft sowie Betriebswirtschaft in Wien Promotion 1997; seither Lehrtätigkeit an der Wirtschaftsuniversität Wien. Studienbegleitend Programmierer, Analytiker, Projektleiter im österr. Verteidigungsministerium. Seit 1997 in Deutschland bei namhaften Unternehmensberatungen tätig, seit 2005 selbstständiger Unternehmensberater. 2012 Ruf an die Hochschule für Öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg. Zahlreiche Publikationen, u.a. zu E-Voting und E-Partizipation, in jüngster Zeit zur Europäischen Bürgerinitiative.

Oliveira, Evandro, M.A., ist Referent für Kommunikations- und Social Media-Seminare bei der MFG Innovationsagentur für IT- und Medien Baden-Württemberg, Doktorand an der Leipziger Universität und an der Universidade do Minho, Portugal, sowie Mitglied des Chartered Institute of Public Relations, London.

Plotka, Julian, Dipl.-Pol., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Europäische Politik in Berlin und Redaktionsassistent der Vierteljahresschrift „integration“. Studierte Politikwissenschaften an der Universität Potsdam, der Universität i Bergen/Norwegen und der Freien Universität Berlin.

Scheller, Dr. Henrik, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl "Politik und Regieren in Deutschland und Europa" der Universität Potsdam. Zuvor hat er als Projektmanager bei der Bertelsmann Stiftung und dem Hamburgischen Welt-Wirtschaftsinstitut (HWWI) gearbeitet.

Schniederalters, Veronika, studiert Politikwissenschaft und Soziologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Ihre Magisterarbeit trägt den Titel "Die vernetzte Politik - MEPs on Facebook". Darüber hinaus ist sie parlamentarische Assistentin von Jutta Steinruck MdEP.

Sellen, Anselm, M.A., ist Studienleiter und Mitglied des Leitungsteams im Europa-Haus Marienberg. Studierte Amerikanische Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaften an den Universitäten Würzburg und Siegen. Im Europa-Haus Marienberg (mit-)verantwortlich für den europäischen Jugendbildungsbereich „think europe“.

Setzen, Florian H., M.A./M.E.S., Direktor des Europa Zentrums Baden-Württemberg. Studierte in Freiburg, Dublin, Brügge und Hagen Geschichte, Jura, Ethnologie, Europäische Politik und Verwaltung sowie BWL. Lehrt außerdem seit 2008 an der ESB Business School Reutlingen.



Winchenbach, Ulrich, Dipl.-Psych., ist Leiter Projektteam Weiterbildung / Events und Netzwerk Kreativwirtschaft Baden-Württemberg bei der MFG Innovationsagentur für IT- und Medien Baden-Württemberg, studierte Arbeits- und Organisationspsychologie, Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik an der Universität Koblenz-Landau.

Zielinski, Dr. Erich, ist Direktor der Alcatel-Lucent-Stiftung für Kommunikationsforschung. Er studierte Physik und promovierte an der Universität Stuttgart. Bei Alcatel-Lucent beschäftigt er sich mit Innovationsprozessen und leitete viele Jahre die Bell Labs in Deutschland. Er war mit der Einführung der 4G/LTE Mobilfunktechnik betraut und ist Mitglied im Vorstand der ITG/VDE.

Bildnachweis

Titel: Fotocollage, Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 9: Gisela Erler/ Staatsministerium Baden-Württemberg

S. 13: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 18: Sadi Carnot, <http://commons.wikimedia.org/wiki/File%3ATie-network.jpg>

S. 20: Björn Eichstädt, Storymaker GmbH Agentur für Public Relations, <http://www.slideshare.net/StorymakerGmbH/its-the-telephone-stupid-why-facebook-is-not-new-at-all>

S. 22: Evandro Oliveira und Ulrich Winchenbach

S. 24: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 26: Robert Müller-Török

S. 29: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 31: Europäische Kommission

S. 35: Europäische Kommission

S. 38: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 42: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 49: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 51: Europa Zentrum Baden-Württemberg

S. 53: Europa-Haus Marienberg

S. 54: Europa-Haus Marienberg

S. 59: Europa-Haus Marienberg





ISBN 978-3-9812037-3-8
Schutzgebühr: 1,- €